

Diskussionspapier

Partizipation und Nachhaltigkeit

Reflektionen über Zusammenhänge und Vereinbarkeiten

*Elke Baranek, Heike Walk, Corinna Fischer, Kristina Dietz, Esther Hoffmann, Sabine Gruner,
Helga Jonuschat, Sylvia Kruse, Bianca Schlußmeier, Babette Scurrall*

März 2005

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Vorwort

Das Forschungsprogramm Sozial-ökologische Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung versteht sich als lernender Förderschwerpunkt. Neben der eigentlichen Projektarbeit bearbeiten daher die ForscherInnen in Querschnittsarbeitsgruppen auch übergreifende, das Programm betreffende Themen. Diese Querschnittsarbeitsgruppen dienen sowohl der inhaltlichen und persönlichen Vernetzung als auch der Weiterentwicklung des Programms. Partizipation ist als zentrales Moment in der Nachhaltigkeitsforschung und damit auch in der Sozial-ökologischen Forschung ein solches Querschnittsthema und wurde auch bereits 2003 zu Programmbeginn auf einer Open-Space-Konferenz als solches identifiziert.

Der vorliegende Text ist Zwischenergebnis eines interdisziplinären Diskussionsprozesses zwischen ca. zehn Wissenschaftlerinnen. In gemeinsamen Workshops, Kleingruppen und per Internet beleuchteten wir das Verhältnis „Partizipation und Nachhaltigkeit“ aus verschiedenen Blickrichtungen, Disziplinen und Wissenszusammenhängen. Das Diskussionspapier stammt somit nicht aus einer Feder und ist auch keine Sammlung verschiedener Beiträge einzelner Autorinnen. Als Ergebnis eines gemeinsamen Diskussions- und Schreibprozesses ist dieser Text ein Publikationstyp, der in den Wissenschaften eher selten zu finden ist: die Autorinnengruppe. Dahinter steht die Auseinandersetzung verschiedener Disziplinen, gemeinsames Verfassen von Texten, gemeinsame Diskussion, Abstimmung, Aushandlung, Redigieren und Kommentieren.

Dieses inhaltlich bereichernde Vorgehen bringt es mit sich, dass die Lesenden nicht unbedingt an allen Stellen ein konsequent verwendetes Vokabular oder eine einhellige Meinung vorfinden. Das soll nicht heißen, dass im Text und der Argumentation Widersprüche herrschen, sondern dass wir Widersprüchlichkeiten unserer und der wissenschaftlichen Diskussion um Partizipation und Nachhaltigkeit als solche kennzeichnen und offen darlegen.

Wie so oft wirft eine vertiefte Beschäftigung mit einem Thema wieder neue Fragen auf, mit denen auseinanderzusetzen sich lohnt. Unsere Diskussionsergebnisse stellen daher den Ausgangspunkt für weitere Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis von Partizipation und Nachhaltigkeit dar, mit denen wir diese Schlagworte mit Leben füllen wollen.

Die Autorinnengruppe

Elke Baranek, Heike Walk, Corinna Fischer, Kristina Dietz, Esther Hoffmann, Sabine Gruner, Helga Jonuschat, Sylvia Kruse, Bianca Schlußmeier, Babette Scurrall

Inhalt

Einführung	3
1. Partizipation im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen	4
2. Konzepte zu Nachhaltigkeit	15
3. Nachhaltigkeit und Partizipation in der SÖF	23
3.1 Partizipation in der Forschungskonzeption der SÖF	23
3.2 Nachhaltigkeit und Partizipation in der Praxis der geförderten Forschungsprojekte	25
3.2.1 Partizipation als Mittel und Methode	26
3.2.2 Partizipation als Gegenstand und Ziel	30
3.3 Zusammenfassende Einschätzung und Empfehlungen für das SÖF-Programm.....	34
4 Schlussfolgerungen für Partizipation und Nachhaltigkeit	36

Einführung

Die Partizipation gesellschaftlicher Gruppen für eine Politik nachhaltiger Entwicklung ist in zentralen internationalen Dokumenten von herausragender Bedeutung. Sowohl im Brundtlandbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED/Hauff 1987) als auch in der Agenda 21 der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio von 1992 (BMU 1992) werden partizipative Politikmuster als geeignete Mittel für die Entwicklung lokal und regional angepasster Nachhaltigkeitsstrategien hervorgehoben und als allgemein anzustrebende Vorgehensweise festgeschrieben. So heißt es bspw. in der Agenda 21: „Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen“ (ebd. S. 231).

Als Beleg für die nachhaltigkeitsfördernde Wirkung partizipativ-korporatistischer Politikstrukturen führen Brand und Fürst die Nachhaltigkeitspolitik der Niederlande an (Brand/Fürst 2002). Schon der erste nationale Umweltplan setzte sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf Regierungsebene auf integrative und kooperationsfördernde Strategien. Die Integration und Partizipation von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen trug neben der zunehmenden Einflussnahme der BürgerInnen auf politische Entscheidungen auch zur Aktivierung gesellschaftlicher Selbststeuerungspotenziale bei. Die Anwendung von Partizipationsmodellen impliziert demzufolge immer auch das Anstoßen und die Beförderung von Lernprozessen, deren Ziele die Entwicklung einer gemeinsamen Problemwahrnehmung und darauf aufbauend gemeinsame Problemlösungen sind. Die Identifizierung solcher Problemlösungen bzw. Handlungsoptionen ermöglicht es, klare Kriterien zu entwickeln.

Bei dieser politischen Aufwertung ist es kein Wunder, dass die Begriffe „Partizipation“ und „Nachhaltigkeit“ auch in sozialwissenschaftlichen Studien Hochkonjunktur haben. Der häufige Gebrauch verleiht ihnen mittlerweile eine missliche Beliebtheit. Auch in der Sozial-ökologischen Forschung (SÖF) wird sowohl der Partizipation als auch der Nachhaltigkeit eine bedeutende Rolle zugewiesen - beide Begriffe finden in den verschiedenen Programmen und Veröffentlichungen breite Anwendung.

Der Forschungsschwerpunkt insgesamt nimmt Problemlagen in den Blick, die aus der Beziehung zwischen Mensch und Umwelt erwachsen und unsere Zukunftsfähigkeit gefährden. Er versucht, auf der Grundlage einer umfassenden Betrachtungsweise Lösungsvorschläge für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die von technischen Verbesserungen, über die Veränderung des Alltagshandelns und die Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit bis hin zur Weiterentwicklung normativer gesellschaftlicher Konzepte reichen. Partizipation spielt dabei unterschiedliche Rollen.

Daher erscheint es für einen Diskussionsbeitrag der Querschnitts-AG¹ lohnend, mit einem Überblick über die unterschiedlichen Anwendungskontexte, Funktionen und Definitionen der Begriffe einzusteigen, um dann einen Zusammenhang zur Sozial-ökologischen Forschung herstellen zu können. Damit bei der Lektüre der kaum noch überschaubaren Literatur der rote Faden nicht verloren geht, haben wir folgende Fragen ins Zentrum gerückt:

- Wie ist das Verhältnis von Partizipation und Nachhaltigkeit? Fördern partizipative Strukturen bzw. eine auf kooperative und kommunikative Prozesse ausgerichtete Politik die Umsetzung von Strategien nachhaltiger Entwicklung? Fördert eine an Nachhaltigkeit orientierte Politik partizipative Strukturen? Gibt es Zielkonflikte?
- Was folgt aus dem Zusammenhang der beiden Begriffe für die Sozial-ökologische Forschung (konzeptionell) und für die Praxis der Projekte?

Mit diesen Fragestellungen wird nur ein Teilbereich der Partizipationsdebatte angesprochen: Es geht vorrangig um eine Diskussion, die Partizipation als gesellschaftliche Gestaltungsmethode in den Blick nimmt (sowohl als Ziel als auch als Weg nachhaltiger Entwicklung). In Bezug auf die *Forschung* wird Partizipation dann zum Gegenstand. (Wissenschaft erforscht die Bedingungen des Gelingens von Partizipation und deren Bezug zu nachhaltiger Entwicklung).

Im Sinne der o. g. Fragen nähert sich das vorliegende Diskussionspapier dem Themenfeld „Partizipation und Nachhaltigkeit“ aus unterschiedlichen Richtungen an: Zunächst wird ein Überblick über Partizipation, sowohl historisch in Verbindung zu (stadt-)räumlichen Planungen und politischen Entwicklungen als auch in den Kontexten von Solidarischer Ökonomie, Entwicklungszusammenarbeit, Frauen- und Geschlechterforschung einschließlich Gender Mainstreaming gegeben. Danach wird dargestellt, welche Bedeutung der Partizipation in einigen prominenten Nachhaltigkeitskonzepten zugemessen wird. Da Nachhaltigkeit partizipativ nur in Lernprozessen umgesetzt werden kann, gewinnt das gesellschaftliche Lernen wesentlich an Bedeutung. Grund genug, diesem Themenkomplex ein eigenes Kapitel zu widmen. Auf Grundlage dieser theoretischen Überlegungen folgt die Analyse von Nachhaltigkeit und Partizipation in den Projekten der Sozial-ökologischen Forschung. Ein Resümee wird im Schlusskapitel gezogen.

1. Partizipation im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen

Hinter dem inflationär gebrauchten Begriff Partizipation verbergen sich sehr unterschiedliche Auffassungen von Beteiligung und Mitwirkung. Zum einen hat

¹ Die Querschnitts-AG „Partizipation“ wurde von MitarbeiterInnen aus verschiedenen Forschungsprojekten der Sozial-ökologischen Forschung mit dem Ziel gegründet, ein kontinuierliches Informations- und Diskussionsforum aufzubauen. Die Treffen finden in einem halbjährlichen Rhythmus statt, die Ergebnisse der AG sollen in Form von Veröffentlichungen und Workshops präsentiert werden.

der Begriff unterschiedliche Traditionen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Diskussionszusammenhängen. Zum anderen lassen sich auch verschiedene „Stufen“ oder Intensitäten der Partizipation unterscheiden. Idee und Praxis der Partizipation haben also eine Reihe verschiedener „Wurzeln“. Je nachdem, wie Partizipation verstanden wird, kann sie sich unterschiedlich zu Nachhaltigkeit verhalten. In diesem Kapitel wollen wir diese verschiedenen Traditionen vorstellen. Die Darstellung folgt sehr grob einer chronologischen Reihenfolge. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass sich viele Entwicklungen zeitlich überschneiden und auch ältere Ansätze bis heute neben neueren fortbestehen.

Partizipation in Planung und Verwaltung

Eine zentrale Rolle spielt Partizipation in der Planung und Verwaltung, vor allem in der kommunalen. Mitte der sechziger Jahre traten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Fragen in den Vordergrund, die sich mit der Teilnahme und Teilhabe der BürgerInnen an sozialen und politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen beschäftigten (ARL 1995). Das führte dazu, dass die politische Steuerung, bis dahin vor allem mit ordnungsrechtlichen, gesetzlichen und fiskalischen Instrumenten betrieben, um so genannte „weiche“ partizipative Instrumente (informelle Einspruchsrechte, runde Tische etc.) ergänzt wurde. Zu diesen zählte die Gewährung von Informations- und Einspruchsrechten. Dies geschah sowohl aus einem sich wandelnden Demokratieverständnis heraus, als auch infolge der Erfahrungen mit den Auswirkungen moderner Technologien und Industrien. Die Akzeptanz staatlicher Entscheidungen und Planungen ohne Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten seitens der Bürgerinnen und Bürger nahm ab, während sich der Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse mehrte (Selle 1995).

Ziele der Beteiligung in Planung und Verwaltung können sein, die inhaltliche Qualität einer Entscheidung zu verbessern, Akzeptanz zu schaffen oder auch die gesellschaftlichen, privaten und wirtschaftlichen Akteure zu eigenverantwortlichem Handeln zu motivieren (Fischer/Callen 1998). In vielen Fällen ist Partizipation gesetzlich vorgeschrieben. Die dabei eingesetzten Methoden veränderten sich im Zeitverlauf der letzten 30 Jahre von eher informativen Verfahren und Betroffenenbeteiligung hin zu einer eher kooperierenden Problembearbeitung. Heute werden zunehmend Entscheidungen aus dem politisch-administrativen Raum nach außen verlagert, indem Akteure aus verschiedenen Sphären von Markt, Staat und privaten Haushalten in so genannten Governance-Prozessen gemeinsam Entscheidungen aushandeln. Diese Akteure sind damit nicht nur „Dritte“, die zu beteiligen sind, sondern Verhandlungspartner. Das birgt allerdings auch die Gefahr, dass marginalisierte Gruppen in derartigen Verhandlungen nur sehr schwer ihre Interessen einbringen können. Einen Überblick über die Entwicklung der Beteiligung in Planung und Verwaltung bieten Bischoff et al. (1995):

	Dialog (Beteiligung)		
Information und Anhörung	Erste Generation (Information der breiten Öffentlichkeit, Erörterungen)	Zweite Generation (Aufsuchende und aktivierende Beteiligung)	Kooperation
<ul style="list-style-type: none"> – Verfahrensrechtsschutz – Information der Verfahrensbeteiligten, ggf. öffentliche Bekanntmachungen – Gewährung von Informationsrechten (z.B. Akteneinsicht) – Anhörungen – Gewährung von Einspruchsrechten 	<ul style="list-style-type: none"> – Effektivierung von Planung und Umsetzung, Legitimation – Information der Öffentlichkeit (Brochüren und Ratgeber, Informationsschriften zu Einzelplanungen, Ausstellungen) – Dialog mit der breiten Öffentlichkeit (Befragungen, Anhörungen, Angebot von Gesprächsmöglichkeiten in der Verwaltung) – Dialog mit Teilöffentlichkeiten (Fachleute, Beiräte, Vereine, Verbände, gesellschaftliche Gruppen) 	<ul style="list-style-type: none"> – Motivation, Mobilisierung von Potenzial, Kompensation von Benachteiligung – Zielgruppenbezogene Informations- und Beteiligungsangebote (Einzelgespräche und Aushandlungsprozesse) – Präsenz vor Ort, Qualifizierungsstrategien – Gezielte Berücksichtigung besonders benachteiligter Gruppen; in Bezug auf die Bewohner: Lebensweltbezug des Beratungs- und Planungskonzepts – Prozessorientierung 	<ul style="list-style-type: none"> – Kooperative Problembearbeitung – Erfahrungs- und Informationsaustausch – Vereinbarung von Leitbildern und Zielen (z.B. Runder Tische) – Kooperative Qualifizierung (Schulungen, Wettbewerbe) – Kooperativ realisierte Projekte – Partnerschaften (institutionalisierte Kooperation) – Kooperationsnetze

Abbildung 1: Entwicklungsstufen der Beteiligung

● **Partizipation im Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen**

Im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Aufbruchstimmung initiiert durch die Regierungserklärung W. Brandts (1969) „Mehr Demokratie wagen“, mit der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition entstanden die *Neuen Sozialen Bewegungen*. Auch hier war Partizipation ein Schlüsselbegriff. Im Gegensatz zur Begriffsverwendung in Planung und Verwaltung ist Partizipation hier kein Instrument politischer Steuerung, das von „oben“ angewendet, sondern ein Recht, das von „unten“ eingefordert und wahrgenommen wird. Die Bewegungen forderten verstärkte gesellschaftliche Teilhabe, Selbst- und Mitbestimmung in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen – sei es am Arbeitsplatz, bei politischen Entscheidungen oder im Privatleben (wo es beispielsweise um gleiche Mitbestimmungsrechte für beide Geschlechter geht). Partizipation realisiert sich dabei zum einen in Form von Protest und zivilem Ungehorsam, zum anderen als Aufbau eigenverantwortlich gestalteter Bereiche (selbst verwaltete Betriebe, Kinderläden, Einkaufsgemeinschaften oder Hausgemeinschaften als Alternative zu entsprechenden Angeboten von Staat oder Markt). Bürgerinitiativen und andere politische Gruppen vereinen Beides: den Anspruch auf basisdemokratische interne Organisation und den auf Mitsprache und Kritik bei politischen Entscheidungen.

● **Partizipation und Solidarische Ökonomie**

Unter der Bezeichnung „Solidarische Ökonomie“ sind seit den 1970er Jahren Experimente mit und Forschungen zu Beteiligung in der Wirtschaft durchgeführt worden. Dabei ging es vor allem um selbst verwaltete Betriebe, Genossenschaften und Mitarbeiterbetriebe. In den anderen europäischen Ländern schon eher, in Deutschland in der Mitte der 1980er Jahre, gelang es dieser partizipativen Wirtschaft, eine Ausstrahlung in die Gesellschaftspolitik hinein zu erlangen: Kollektiv wirtschaften, selbstbestimmt leben, die gleichberechtigte Stellung der Frauen und hohe ökologische Ansprüche – alles Prinzipien dieser Projekte – finden in der gesellschaftlichen Diskussion Resonanz und teilweise Eingang in etablierte Bereiche und Institutionen. Die European Confederation of Workers' Cooperatives, Social Cooperatives and Participative Enterprises wurde bereits vor 25 Jahre gegründet und leistet neben Erfahrungsaustausch und Kooperationsprojekten für ihre Mitglieder auch bedeutsame Lobbyarbeit auf europäischer Ebene.

„Ökologisch leben, friedlich arbeiten in einer selbstbestimmten Gesellschaft“ war der Slogan der Selbstverwaltungsbewegung. Mit selbstbestimmtem Leben in einer zukünftigen Gesellschaft beschäftigen sich inzwischen viele Initiativen und Projekte, deren primäres Ziel häufig nicht die Unternehmensgründung ist. Die betriebswirtschaftliche Absicherung ihrer eigentlichen Vorhaben (Bau- und Wohnprojekte zum Erhalt historischer Bausubstanz, Pflege, Betreuung, Erziehung, Bildung, Kultur, Wissenschaft, Ökologie) fassten diese Projekte erst ins Auge, als ihre Selbstbestimmtheit oder ihre Existenz durch öffentliche Mittel und private Unterstützung nicht zu gewährleisten war. Insofern fand die soli-

darische Ökonomie auch in Verbindung mit der Gemeinwesenarbeit als Form der Sozialarbeit in den 1990er Jahren neues und breiteres Interesse. Allerdings bewegt sich diese Wirtschaftsform von Anfang an im Spannungsfeld zwischen politischem Bekenntnis und Marktfähigkeit sowie zwischen Armutsökonomie und ökonomischer Innovation.

Insofern Solidarische Ökonomie versucht, den Respekt vor dem Einzelnen und den Gemeinwesen sowie die Verantwortung jedes Beteiligten für die gemeinsame Entwicklung von Natur und Gesellschaft als gleichberechtigte Ziele in den Wirtschaftsprozess zu integrieren, befördern Menschen in diesen „Betriebseinheiten“ nachhaltige Entwicklung.

Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklung und Partizipation sind seit den 1970er Jahren ein untrennbares Begriffspaar. Im Einklang mit dem Wandel entwicklungspolitischer Paradigmen unterliegen die Theorien, Ansätze und Definitionen von Partizipation in diesem Politikfeld jedoch einem kontinuierlichen Wandel (einen Überblick gibt Cornwall 2000). Im Zuge der Neuorientierung internationaler Entwicklungspolitik in den 1970er Jahren – weg von rein wachstumsorientierten Ansätzen, hin zu einer Grundbedürfnis- und Armutsbekämpfungsorientierung – wurde Partizipation zu einem zentralen Bestandteil armutsmindernder Entwicklungsansätze. Die Einbeziehung der lokalen, „betroffenen“ Bevölkerung in Entwicklungsprojekte sollte zum Garant für die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten im Sinne größerer Effizienz und Effektivität sowie Langlebigkeit und Akzeptanz werden. Alternative Ansätze, wie die Forderung nach Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Kontrolle, bestimmten den Partizipationsdiskurs nur am Rande.

Bereits Ende der 1980er Jahre wandelte sich das Partizipationsverständnis, in dem die Gründung und Stärkung lokaler Entwicklungsinstitutionen (Komitees für nachhaltige Entwicklung, Komitees für Gesundheit etc.) und die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen als VertreterInnen der Zivilgesellschaft stärker in den Mittelpunkt partizipativer Entwicklungsansätze geriet. Somit verschob sich der Partizipationsfokus von einer reinen „Konsultation und Information“ der Bevölkerung langsam in Richtung politischer Mitwirkung, wobei im Wesentlichen „Schlüsselpersonen“ (i.d.R. Männer aus der (höheren) Mittelschicht und „weiß“) bzw. in irgendeiner Form organisierte Teile der Bevölkerung einen Zugang zu diesen neu geschaffenen „Räumen von Partizipation“ erhielten.

Unter den Vorzeichen „Markteffizienz und Privatinitiative“, entwickelte sich Anfang der 1990er Jahre eine neue entwicklungspolitische und instrumentelle Agenda (Washington Consensus). Unter dem Leitbild einer „Good Governance“ sollten u.a. im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen und nationalen Strategieplänen zur Armutsreduzierung (PRSP) weitgehende Demokratisierungsprozesse angestoßen werden, innerhalb derer Partizipation im Sinne einer politischen Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen eine zentrale Rolle einnimmt. Einhergehend mit diesem neuen Partizipationsver-

ständnis lassen sich unterschiedliche Prozesse beobachten: Erstens wird der Partizipationsdiskurs mit einem neuen Sprachgebrauch versehen: „Betroffene bzw. NutznießerInnen“ werden zu „Stakeholdern“ (Weltbank), zu „KonsumentInnen bzw. KundInnen“ (USAID) oder zu PartnerInnen bzw. AkteurInnen (OECD) der Entwicklungszusammenarbeit. Zweitens erhält die ursprünglich alternative Forderung nach Selbstbestimmung unter neoliberalen Vorzeichen eine neue Bedeutung: Partizipation (Selbstbestimmung) wird als „Befreiung“ vom interventionistischen Staat verstanden. Drittens wird Partizipation heute in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weniger projektbezogen diskutiert, sondern vielmehr als Suche nach angemessenen Formen direkter BürgerInnenbeteiligung an gesellschaftlichen bzw. politischen Entscheidungsprozessen verstanden (Rauch 2002). Partizipation, Demokratisierung und Entwicklungsorientierung werden somit von den diskursführenden Institutionen als politische Grundbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung definiert (OECD/DAC 1995). Der Zugang dazu ist jedoch für verschiedene Bevölkerungsgruppen in sehr unterschiedlichem Maße möglich bzw. nicht möglich.

Partizipative Technikfolgenabschätzung

Die Geschichte der Technikfolgenabschätzung (Technology Assessment) kann als ein Lernprozess angesehen werden, in dessen Verlauf deutlich wurde, dass politische Entscheidungen über Technologiesteuerung nicht allein auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden können (Hennen 1999, S. 304). Technikfolgenabschätzung wurde traditionell als Verfahren wissenschaftlicher Politikberatung verstanden, das in erster Linie von EntscheiderInnen und ExpertInnen bestimmt war. Es wurde aber deutlich, dass Technikfolgenabschätzung nicht nur neutrale und objektive Informationen liefert, sondern Werturteile enthält (van Eijndhoven 1997). Die Erkenntnis, dass der Staat nur begrenzte Steuerungs- und Managementkapazitäten hat, führte bei der zunehmenden Komplexität von politischen Entscheidungen zu einem gesellschaftlichen Bedarf an Diskursen und Verhandlungslösungen. Zudem wird auch in Technikdebatten ethischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen von Technik eine zunehmend größere Bedeutung zugemessen. All dies führte zu einem wachsenden Interesse an Partizipation im Rahmen von Technology Assessment (vgl. Joss 1998; Hennen 1999).

Für die Diskussion um Nachhaltige Entwicklung und Partizipation ist gerade letzterer Aspekt wichtig, da in dem Spannungsfeld zwischen Öffentlichkeit und Partizipation bei der Technikfolgenabschätzung Zielkonflikte zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft deutlich werden. Es muss hierbei präzisiert werden, ob Technology Assessment betrieben wird als (Gloede 1994, S. 148):

- problemorientierter und beratender Forschungsprozess
- Entscheidungs- und Steuerungsprozess im Rahmen von Technologie-Politik oder
- als Modell gesellschaftlichen Lernens.

Nachhaltige Entwicklung beruht grundsätzlich auf Werturteilen. In diesem Rahmen ist somit partizipative Technikfolgenabschätzung, auch Public Technical Assessment genannt, in erster Linie als Modell für gesellschaftliche Lernprozesse von Bedeutung, die dazu beitragen zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu vermitteln. In diesem Zusammenhang bestehen allerdings auch die größten Kontroversen über normative Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien, wie beispielsweise in den Debatten über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien oder über Stammzellenforschung deutlich wird.

Partizipation ermöglicht hierbei, eine Vielzahl von Gruppen mit ihren unterschiedlichen Werten und Auffassungen in gesellschaftliche Abwägungsprozesse einzubeziehen. Durch die Einbeziehung derjenigen, die durch eine (neue) Technologie betroffen sind, kann Technikfolgenabschätzung deren spezifisches Wissen berücksichtigen. So können Chancen und Risiken, die mit Technologien verbunden sind, identifiziert und diskutiert und darauf aufbauend sozio-technische Lösungen entwickelt werden. Schließlich kann so auch eine erhöhte Akzeptanz der gemeinsam entwickelten Lösungen erreicht werden.

Das Konzept partizipativer Technikfolgenabschätzung wurde zuerst in Dänemark angewendet. Hier wurde Ende der 1980er Jahre die Methode der Konsensuskonferenzen entwickelt und breit genutzt (Joss 1998). Hierbei führt ein Ausschuss von Laien Anhörungen mit ExpertInnen durch, diskutiert die Ergebnisse und schreibt einen Bericht, der dann zumeist auf einer Konferenz mit weiteren TeilnehmerInnen vorgestellt wird. In verschiedenen Ländern wurden zudem unterschiedliche Methoden zur partizipativen Technikfolgenabschätzung entwickelt wie z.B. Zukunftskonferenzen (USA), Wahlkonferenzen (Dänemark), Bürgerforen (Deutschland) oder Bürger Juries (Großbritannien). In den Niederlanden wurde das Konzept der partizipativen Technikfolgenabschätzung modifiziert und zu einem neuen Ansatz weiterentwickelt, der sogenannten Constructive Technical Assessment (gestaltende Technikfolgenabschätzung). Das Ziel ist hierbei, technologische Entscheidungen zu beeinflussen und technische Entwicklung zu gestalten, indem man eine größere Anzahl von Akteuren in den Technikdesignprozess einbezieht (van Eijndhoven 1997). Trotz vieler methodischer Parallelen zu anderen gesellschaftlichen Gestaltungsfeldern muss berücksichtigt werden, dass das Ziel der Partizipation bei der Technikfolgenabschätzung generell nicht die Beteiligung von Betroffenen an Entscheidungsprozessen ist (Hennen 1999, S. 569). Es geht vielmehr um die Gewinnung von empirischen Erkenntnissen zu bestimmten Werten oder Fragen, die allerdings in Entscheidungsprozesse eingebracht werden und sie somit mitbestimmen.

Partizipation und die Bürgerrechtsbewegung der DDR

Die politischen Ereignisse 1989 in Deutschland gaben der Beteiligungs- und Demokratisierungsdebatte neue Impulse. Während und nach der „Wende“ fand in der Bürgerrechtsbewegung der DDR eine sehr intensive Auseinandersetzung mit bestehenden und künftigen gesellschaftlichen Verhältnissen statt.

Sehr viele BürgerInnen gestalteten ihre neue Lebensverhältnisse in sehr verschiedenen Bereichen: Städtebau, Umweltschutz, Frauenrechte etc. Sie nutzten ihre großen, im Alltagshandeln gewonnenen, Kompetenzen; sie wurden nicht beteiligt, sie beteiligten sich. „Runde Tische“ wurden zum Ort gemeinsamer Beratung und Verhandlung zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen. Parallel setzte wieder das Phänomen der „Politikverdrossenheit“ ein, die häufig aus der Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Politik resultierte. BürgerInnen erfuhren erneut, dass ihre Interessen durch die gewählten VertreterInnen nicht berücksichtigt wurden.

Partizipation in Frauen- und Geschlechterforschung und Gender Mainstreaming

Die Teilhabe an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen ist ein zentraler Gegenstand der Frauen- und Geschlechterforschung. Demokratische Partizipation ist nicht zuletzt eine Frage der Bereitstellung ökonomischer, sozialer und kultureller Ressourcen und Chancen. Der Zugang zu diesen Ressourcen und Chancen als Voraussetzung für politische Partizipation ist nach Erkenntnissen der feministischen Partizipationsforschung nach wie vor geschlechtsspezifisch und gesellschaftlich ungleich verteilt (vgl. Sauer 1994). Feministische Theorie und Praxis richten daher in der Auseinandersetzung mit der politischen Partizipation von Männern und Frauen ihr Augenmerk insbesondere auf Prozesse des Ein- und Ausschließens sowie auf Machtungleichgewichte, Hierarchisierungsprozesse und auf die Zugänge zu Ressourcen (Zeit, Macht, Wissen etc.)².

Ergebnisse feministischer Partizipationsforschung werden auf zahlreiche Praxisfelder übertragen und dort weiterentwickelt (z.B. Produktentwicklung, Bildung, Lokale Agenda 21, Mobilität, Stadt- und Raumplanung, Entwicklungszusammenarbeit) (vgl. u.a. Röhr 1999; Weller 1999, 2002; Becker 1997).

Biesecker macht darauf aufmerksam, dass über Nachhaltigkeit nicht ohne Bezug zur geschlechtlichen Strukturierung unserer Gesellschaft und Ökonomie nachgedacht werden kann. Diesem Ansatz folgt auch die Sozial-ökologische Forschung, indem sie den Einbezug der Gender-Perspektive als Querschnittsaufgabe für alle Forschungsprojekte fordert. Die geschlechtliche Arbeitsteilung führte in der Vergangenheit dazu, dass die Versorgungswirtschaft, in der vor allem Frauen tätig sind, abgewertet und als Nicht-Ökonomie bezeichnet wurde. Die damit verbundene Fixiertheit auf die Erwerbsarbeit ist ein wesentlicher Grund für die Nicht-Nachhaltigkeit der Gesellschaft. Durch die Wiederbelebung der Versorgungswirtschaft bekommen auch kooperative gesellschaftliche Aktivitäten eine Aufwertung. Eine nachhaltige Ökonomie bedeu-

² Parallel zu Machtungleichgewichten auf Ebene der Kategorie Geschlecht bestehen andere gesellschaftliche Hierarchisierungen, die Ein- und Ausschließung strukturieren und Möglichkeiten von Partizipation stark beeinflussen, wie z.B. ethnisch-kulturelle Herkunft oder auch Alter, Bildung und Behinderung. Hier ist nur der Gender-Aspekt ausgeführt, u.a. weil er ein Querschnittsthema in der Sozial-ökologischen Forschung darstellt. Nichtsdestotrotz stellen Ausschließungsprozesse auf Basis anderer gesellschaftlicher Hierarchien ebensolche Hindernisse für die Partizipation dar.

tet demzufolge immer auch eine erweiterte Ökonomie (Biesecker 2002), die alle ökonomischen Bereiche integriert, also auch die Versorgungsökonomie mit ihrer durch das Sorge-Prinzip geprägten Handlungslogik, die auch den Non-Profit-Sektor mit einbezieht und so den zerrissenen Zusammenhang zwischen Produktion und Reproduktion wieder herstellt.

Im Rahmen des „Gender Mainstreamings“ werden gendersensible Partizipationsprozesse an Bedeutung gewinnen. Gender Mainstreaming verfolgt als zentrale Strategie der europäischen Union das Ziel, eine wirkungsvolle und effektive Chancengleichheitspolitik in allen politischen Entscheidungsprozessen zu realisieren. Denn wenn die Geschlechterfrage zur Querschnittsaufgabe werden soll, können die damit verbundenen folgenden zentralen Fragen nur im Dialog beantwortet werden:

- „Was bedeutet der vorgefundene Zustand für Frauen und Männer? Ist die Chancengleichheit verletzt?“ und
- „Können Chancengleichheit und Gleichstellung durch ein bestimmtes verändertes Tun voran gebracht werden?“ (vgl. Ehrhardt 2003)

Ziel ist es, auf allen Ebenen politischer Entscheidungsprozesse die Geschlechterperspektive einzubringen. Damit bedeutet Gender Mainstreaming, dass Entscheidungsprozesse unter dieser Perspektive entwickelt, organisiert und evaluiert werden. Ein ehrgeiziges Ziel, das auf instrumenteller Ebene mit unterschiedlichen Mitteln erreicht werden soll. Diese reichen vom „Gender Impact Assessment“ (GIA), eine Methode die auf Grundlage eines Indikatorensystems als „Gleichstellungswertprüfung“ routinemäßig durchgeführt werden kann bis zur Initiierung von Diskussionsforen. Da in jedem Fall Kriterien und Indikatoren direkt oder indirekt eine wesentliche Rolle spielen haben Aushandlungs- und Zielfindungsprozesse eine herausragende Bedeutung.

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Schließlich findet der Begriff Partizipation Verwendung in der Debatte um bürgerschaftliches Engagement. Diese wissenschaftliche und politische Diskussion entwickelt sich etwa seit Anfang der neunziger Jahre und ergänzt die Diskussion um soziale Bewegungen. Gegenstand ist auch hier die breite Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Jedoch wird von einem eher harmonischen als konflikthaften Gesellschaftsbild ausgegangen. Ziel von Partizipation ist hierbei weniger die Selbstbehauptung ausgegrenzter Gruppen und Positionen oder die Infragestellung politischer Herrschaft. Vielmehr geht es auf Basis der bestehenden sozialen Ordnung um gemeinsame Gestaltung des Lebensumfeldes, um politische Sozialisation, um ein Gegengewicht zu Individualisierungsprozessen, persönliche Weiterentwicklung und oft auch um die Kompensation spärlicher verfügbarer sozialstaatlicher Leistungen. Bürgerschaftliches Engagement umfasst ein weites Spektrum: von der politischen Beteiligung in Gewerkschaften und Parteien über die Selbsthilfe im sozialen oder medizinischen Bereich, das Ehrenamt in Kultur, Freizeit und Sport bis zur Nachbarschaftshilfe (vgl. für einen Überblick Hein-

ze/Olk 2001). Die Debatte um bürgerschaftliches Engagement hat, politisch betrachtet, seit Ende der 1990er Jahre Hochkonjunktur – nicht zuletzt, da sie sich als Alternative für die Schaffung kollektiver Güter in Zeiten knapper öffentlicher Kassen anbietet. Aller Orten sprießen „Freiwilligenagenturen“ aus dem Boden, die engagierte BürgerInnen an ihre Einsatzorte vermitteln, und eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat Vorschläge zur Förderung des Engagements vorgelegt (Enquete-Kommission 2002). Eine gut belegte Feststellung ist, dass in Deutschland schon seit einigen Jahren eine deutliche Veränderung des Engagements stattfindet: Traditionelle Formen des Engagements, einschließlich der politischen Interessenvertretung, gekennzeichnet durch dauerhafte Beteiligung in Großorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Verbände, etc.) finden weniger Akzeptanz. Es findet eine Verlagerung zu projektorientierter und zeitlich befristeter Beteiligung statt (Heinze/Strünck 2001).

● Partizipationsverständnis in den beschriebenen Kontexten

Wie diese Übersicht zeigt, variiert das Verständnis von Partizipation auf unterschiedlichen Dimensionen:

Wer initiiert die Beteiligung? Es können staatliche Stellen sein, die Bürgerinnen und Bürger beteiligen, oder aber BürgerInnen und NGOs fordern „von unten“ Beteiligung ein oder beginnen, sich selbst zu organisieren.

Wer „darf“ oder „soll“ sich beteiligen? Geht es um unmittelbar Betroffene, um Expertinnen und Experten, um Interessengruppen, oder um gesellschaftliche Gruppen, die eine spezifische Perspektive einbringen können, etwa Frauen oder Jugendliche? Mit welchen Methoden wird beteiligt? Und:

Wie weit reicht Beteiligung? Das Spektrum reicht von bloßer Information über Anhörung und Diskussion bis zu weitgehender Selbstorganisation. Die verschiedenen Typen lassen sich als verschiedene „Stufen“ oder Intensitäten von Beteiligung in Form einer „Beteiligungsleiter“ zusammenfassen:

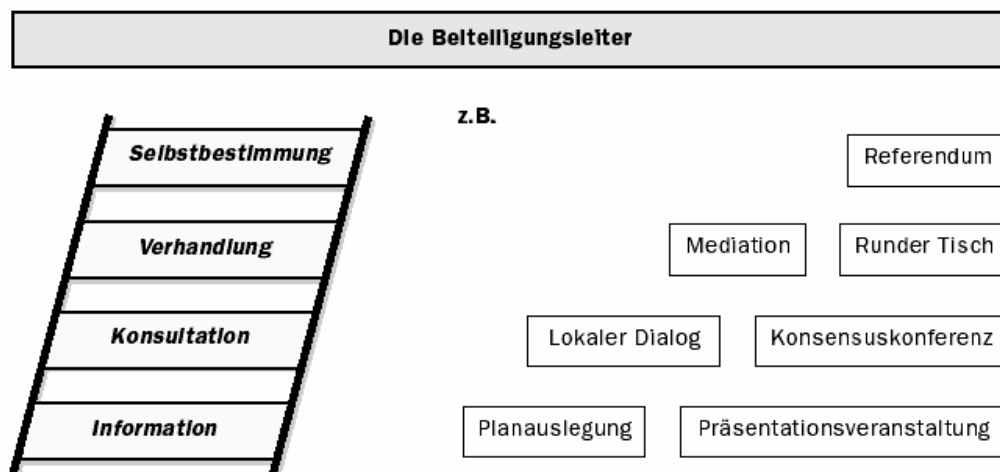


Abbildung 2: Die "Beteiligungsleiter", Quelle: Fischer et al. 2003, S. 33.

Auf der linken Seite ist die Metapher der Beteiligungsleiter abgebildet. Die einzelnen Stufen symbolisieren verschiedene Formen der Beteiligung. Je höher die Stufen der Leiter liegen, desto direkter ist der Einfluss der Beteiligungsmaßnahmen auf die Entscheidungen. Auf der rechten Seite sind den Stufen verschiedene Beispiele von Beteiligungsmethoden zugeordnet, die häufig auf diesen Stufen anzutreffen sind.

Diskutiert man den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Partizipation, so gilt es, diese unterschiedlichen Formen von Partizipation im Auge zu behalten. Wie „nachhaltig“ Partizipation ist, hängt immer auch von der konkreten Form ab.

Lernen im Prozess der Partizipation für Nachhaltigkeit

Im Rahmen nachhaltiger Entwicklung spielt gesellschaftliches Lernen sowohl in Bezug auf Inhalte als auch in Bezug auf Prozesse von Partizipation, eine große Rolle. Auf dem Weg zu einer Neuorientierung in Richtung Nachhaltigkeit muss eine Gesellschaft einerseits (theoretisch) lernen, was "nachhaltig" überhaupt bedeutet, und andererseits wie sich das Konzept Nachhaltigkeit im konkreten (praktischen) Verhalten umsetzen lässt.

Doch was ist "nachhaltig"? Die Ausführungen zu verschiedenen Nachhaltigkeitskonzepten in Kapitel drei werden zeigen, dass die Wissenschaft kein einheitliches Verständnis von Nachhaltigkeit hat. Auch die Querschnittsarbeitsgruppe selbst findet keine Einigung, ob ökologische Nachhaltigkeit oder verhandlungsoffene Nachhaltigkeit das Ziel sein soll. Im Zusammenhang mit Partizipation kann es zudem nicht einfach um die Vermittlung von Wissen gehen, sondern das Ziel sollte das gemeinsame Lernen und das gemeinsame Schaffen von neuem Wissen sein. Was muss also die Gesellschaft lernen, um sich nachhaltig zu verhalten? Eine (einfache?) Lösung wäre, dies der Gesellschaft selbst zu überlassen, also Partizipation. Den Unsicherheiten in der Nachhaltigkeitsdefinition kann dadurch begegnet werden, dass ein gemeinsames Verständnis der Nachhaltigkeitsziele partizipativ entwickelt und ausgehandelt wird. Wichtig ist dabei vor allem, dass Reflektionen über den Lernprozess (gesellschaftliche Experimente) einen großen Raum bekommen und die Gesellschaft breit einbeziehen. Denn wenn Teile der Bevölkerung von solchen Lernprozessen ausgeschlossen werden, fehlen wichtige Bedingungen zur Gestaltung des Ganzen.

Voraussetzung dafür sind neue Steuerungsformen, die das traditionell hierarchische und durch Kontrolle gekennzeichnete System durch partizipative und flexible Systeme ersetzen, die auf Experimentieren und sozialem Lernen zwischen vielen Akteuren basieren (HarmoniCOP³ 2003). Gleichzeitig werden im Laufe des Lernprozesses neue Interaktionsmuster stimuliert, die wiederum zu neuen institutionellen Arrangements führen können (Buck et al. 2003). Auch Brand und Fürst weisen in ihrem Buch „Politik der Nachhaltigkeit“ darauf hin, dass für partizipative Nachhaltigkeitsstrategien eine Öffnung von Institutionen sowie neue institutionelle Arrangements notwendig sind (Brand/Fürst et al.

³ HarmoniCOP = Harmonising Collaborative Planning, www.harmonicop.info

2002). „Institutionen müssen zu einer Sozial-, Interessen- und Wertstruktur ‚passen‘, die sie in ihrer relevanten Umwelt antreffen und die sie verkörpern und verfassen sollen – sonst trocknen sie aus und werden unplausibel“ (Offe 1989, S. 772). Bei einer Politik der Nachhaltigkeit sind also die situativen und kulturellen Faktoren einzubeziehen, d.h. die Strategien und Steuerungskonzepte der Nachhaltigkeit müssen auf die jeweiligen gesellschaftlichen, organisatorischen und institutionellen Faktoren abgestimmt sein. Dies kann durch Partizipationsprozesse gelingen, die lokale Gemeinschaften darin bestärken, mehr Kontrolle bei Entscheidungen zu übernehmen, die ihr eigenes Leben betreffen. Hier sind – abgesehen von organisationalen Lernprozessen von Institutionen und deren Mitwirkenden – auch Lernprozesse einzelner Mitglieder dieser lokalen Gemeinschaften außerhalb der Institutionen zentral. Eine Herausforderung und gleichzeitig eine große Chance liegt insbesondere darin, Menschen in diese Prozesse einzubeziehen, die sonst nicht aktiv sind, womit optimistischer Weise auch der Aufbau sozialen Kapitals verbunden ist. Hierzu müssen aber wiederum auch die Partizipationsverfahren selber auf dieses Ziel hin verbessert werden.

2. Konzepte zu Nachhaltigkeit

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wird von zahlreichen kontroversen Diskussionen begleitet, die nicht zuletzt die Chancen und Restriktionen partizipativer Ansätze berühren. Eine grundsätzliche Kontroverse besteht beispielsweise in der Frage, auf welchem Weg eine gesellschaftliche Einigung über ein Nachhaltigkeitsleitbild und damit verbundene Vorgaben und Leitlinien für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess erfolgen soll. Zwei grundsätzliche Positionen lassen sich hier unterscheiden:

1. Es ist möglich und notwendig, Kriterien und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung aus übergeordneten, konsensualen Handlungsprinzipien analytisch-deduktiv abzuleiten.
2. Es gibt keine moralisch und fachlich legitimierte Instanz, die einheitliche gesellschaftliche Leitorientierungen vorgeben kann. Der partizipativen Komponente sowie einer prinzipiellen Offenheit des gesellschaftlichen Entdeckungs- und Entwicklungsprozesses wird daher eine entscheidende Bedeutung beigemessen. Kriterien und Ziele sind demnach nur im Diskurs aller gesellschaftlichen Akteursgruppen ermittelbar.

Daran knüpft eine weitere Kontroverse über die generelle Umsetzung bzw. Umsetzbarkeit solcher Vorgaben an. Einerseits wird die Ansicht vertreten, dass abgestimmte Handlungsstrategien für die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit unverzichtbar seien und die nötige Planungssicherheit böten. Andererseits wird die Position vertreten, dass ein vorgegebenes Konzept bzw. Steuerungsmöglichkeiten in Richtung Nachhaltigkeit angesichts gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen (zunehmende Komplexität, Individualisierung, Pluralisierung von Lebensstilen etc.) schwer umzusetzen seien. Daher sollte dieser Prozess eher dem „freien Spiel der Kräfte“ über Deregulierung, Liberalisierung oder Privatisierung anheim gestellt werden (Kopfmüller et

al. 2001, S. 21-22) Das heißt, gesellschaftliche Interessengruppen handeln zu bestimmten Zeiten, an bestimmten Orten aus gegebenem Anlass aus, welche Strategien zu einer nachhaltigeren Entwicklung führen und realisieren diese gemeinsam. Somit soll Partizipation in möglichst herrschaftsdurchsichtigen, wenn nicht „herrschaftsfreien“ Räumen stattfinden.

Problematisch erscheint an dieser Position die Vorstellung einer herrschaftsarmen Situation durch Liberalisierung, da in der Realität die mit ökonomischer oder Regierungsmacht ausgestatteten gesellschaftlichen Akteure ihre Auffassung des strategischen Verhältnisses von Ökonomie, Ökologie und Sozialem durchsetzen und die Umsetzung bestimmen können. Mit den herrschenden Kräften kann sich demnach auch die herrschende Leitidee von „Nachhaltigkeit“ durchsetzen und im „freien Spiel der Kräfte“ realisiert werden. Diese grundsätzliche Problematik muss beachtet werden, wenn man die verschiedenen Ansätze betrachtet, mit denen das Leitbild der Nachhaltigkeit operationalisiert werden soll. Im Folgenden werden einige für Deutschland zentrale Operationalisierungsansätze der nachhaltigen Entwicklung im Hinblick auf deren Einbindung des Partizipationsgedankens dargestellt.

Der Brundtlandbericht und die Agenda 21

Weltweite Beachtung erlangte der Begriff der Nachhaltigkeit durch den Bericht „Our common Future“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, die 1983 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegründet wurde (WCED/Hauff 1987). Unter der Leitung von Gro Harlem Brundtland sollte die Kommission ein weltweites „Programm des Wandels“ formulieren und Vorschläge erarbeiten, wie Umwelt und Entwicklungsprobleme gelöst und eine dauerhafte Entwicklung erreicht werden könnten. Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wurde das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung als Lösungsmodell und Leitbild für die 178 Teilnehmerstaaten vorgestellt und diskutiert.

In dem auf der Konferenz verabschiedeten Aktionsprogramm Agenda 21 (einer völkerrechtlich unverbindlichen Erklärung der Staaten) wurden der Handlungsbedarf und mögliche Lösungsansätze für mehr als 40 Politikfelder erarbeitet. Das Aktionsprogramm fordert aber nicht nur die Regierungen der Staaten zu einer Verhaltensänderung auf, sondern auch Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kommunen und die einzelnen BürgerInnen. Die Agenda soll zur Konsensbildung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen beitragen. Daher fordert die Agenda 21: „Eine Grundvoraussetzung für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an den Entscheidungsprozessen“ (BMU 1992 Agenda 21, Kap. 23, Präambel). Partizipation wird somit in der Agenda 21 als ein grundlegendes Prinzip der nachhaltigen Entwicklung betrachtet, das einen gesellschaftlichen Konsens über Nachhaltigkeitsziele ermöglicht. Berichte der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“

In Deutschland wurde 1992 die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ ins Leben gerufen, um aus den Vorgaben des Aktionsprogramms Agenda 21 eine nationale Umsetzungsstrategie zu entwickeln, d.h. Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung für Deutschland herauszuarbeiten. Der erste Bericht der Enquete-Kommission „Die Industriegesellschaft gestalten“ wurde 1994 veröffentlicht. Partizipation wird in dem vielmehr auf ökologische Fragestellungen konzentrierten Bericht als zentrales Schutz- und Gestaltungsziel zur Sicherung der sozialen Stabilität definiert (Enquete-Kommission 1994, S. 496).

Unter dem Motto „Konzept Nachhaltigkeit – vom Leitbild zur Umsetzung“ legte die Kommission in der nächsten Wahlperiode ihren zweiten Bericht vor (Enquete-Kommission 1998). Sie bezog sich dabei auf das Dreisäulenmodell der Nachhaltigkeit, in dem die Bereiche Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft gleichberechtigt behandelt werden und definierte Handlungsanweisungen, mit deren Hilfe eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann. Diese Handlungsanweisungen müssen „so erfüllt werden können, dass eine kontinuierliche Erneuerung ermöglicht wird, die eine breite Unterstützung durch die Gesellschaft erfährt“ (ebd. S. 371). Gleichzeitig soll eine „rechtzeitige Einbindung der relevanten Akteure“ erfolgen (ebd. S. 366). Des Weiteren fordert der Bericht eine transparentere Wissensermittlung und die Partizipation am Innovationsprozess und seinen Ergebnissen, d.h. Kunden und Anwender sollen bereits frühzeitig und direkt in den Prozess der Produktplanung einbezogen werden (ebd. S. 372). Von einer „etatistischen Strategie soll Abstand genommen“ (ebd. S. 371) und partizipative Verfahren (bspw. Mediationsverfahren) bzw. Kommunikationsprozesse eingerichtet werden.

Gefördert werden sollen demnach auch Innovationsnetzwerke, die unterschiedliche Akteure aus Forschung, Wirtschaft, Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen zusammenbringen. Die Hinwendung zu mehr Partizipation und Selbstorganisation zählt der Bericht „zu den wesentlichen Ansätzen der Reflexivitätserhöhung“ (ebd. S. 386). Partizipation sei „ein Grundpfeiler der Nachhaltigkeitsstrategie (...), durch die Schaffung einer Vielzahl von Beteiligungs- und Konfliktlösungsformen außerhalb von Parlament und Regierung (kann) der Prozess der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung ungleich leichter in Gang gesetzt und gehalten werden, als es das repräsentative demokratische System zu leisten vermag“ (ebd. S. 389/390). Partizipation wird demnach von der Enquete-Kommission als Mittel zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen definiert, da über Partizipation einerseits eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz erreicht werden könne und andererseits Innovationsprozesse beschleunigt werden können.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Wie der erste Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ fokussiert die im Auftrag von BUND und Misereor vom Wuppertal Institut erstellte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ mit dem Konzept des „Umweltraums“ auf die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit

(BUND/Misereor 1996). Partizipation spielt dort eine wichtige Rolle bei der Bestimmung von Indikatoren für den Umweltraum sowie für die Bestimmung von Umweltzielen: „Für den Prozess der Zielfindung ist entscheidend, dass er (...) Werturteile notwendig macht. (...) Nur eine möglichst breite gesellschaftliche Beteiligung kann dem Ergebnis jene Zustimmung verschaffen, die Voraussetzung dafür ist, dass diese Ziele anschließend auch mit konkreten Maßnahmen (...) angestrebt werden können“ (ebd. S. 54). Weiterhin wird Partizipation als eine notwendige institutionelle Reform angesehen, um bisher unbeachteten ökologischen Perspektiven stärkere Aufmerksamkeit zu verschaffen. Deshalb ist insbesondere „die Position von Umweltinteressen und ihren Repräsentanten zu stärken“ (ebd. S. 378), etwa durch Informationsrechte und ein Verbandsklagerecht.

Keine Rolle spielt Partizipation dagegen im Bereich der im Bericht skizzierten Leitbilder wie Entschleunigung, Regionalisierung und alternative Wohlstandsmodelle. Partizipation wird innerhalb der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ weniger als ein erstrebenswertes Ziel an sich, sondern vielmehr als ein Vehikel zum effektiven Schutz des Umweltraumes betrachtet.

Das Nachhaltigkeitskonzept der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren

Eine Fortführung des Ansatzes der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ erfolgte durch ein Forschungsverbundprojekt der HGF – Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (Kopfmüller et al. 2001, S. 2). Während sich allerdings die Enquete-Kommission einem integrativen Konzept über die einzelnen Dimensionen (Ökologie, Ökonomie, Soziales) angenähert hat und prinzipiell von einer Gleichrangigkeit dieser Dimensionen ausgeht, wählt das Forschungsverbundprojekt einen anderen Weg. Der Einstieg in die Operationalisierung eines integrativen Konzeptes erfolgt bei der Helmholtz-Gemeinschaft nicht über die Dimensionen, sondern über die Frage, welche Elemente als konstitutiv für ein Leitbild der Nachhaltigkeit betrachtet werden können (ebd. S. 38). Zu Grunde gelegt wird die Definition der Brundtland-Kommission, die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit sowohl zwischen den Generationen als auch innerhalb jeder Generation impliziert (nach ebd. S. 42).

Das Leitbild der Nachhaltigkeit gestaltet sich in diesem Sinne als Leitbild für gegenwärtiges und langfristiges Gemeinwohl. Was sich hier so einfach in einem Satz zusammenfassen lässt, hat in der wissenschaftlichen Diskussion und praktischen Umsetzung jedoch erhebliche Kontroversen über konstitutive Elemente der Nachhaltigkeit ausgelöst, unter anderem im Hinblick auf die Gewichtung der Postulate der intergenerativen und intragenerativen Gerechtigkeit (ebd. S. 43). Die Überlegungen des HGF-Verbundprojektes führen dabei zu drei zentralen Nachhaltigkeitszielen:

- Sicherung der menschlichen Existenz,
- Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials,

- Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten.

Kopfmüller et al. formulieren zu diesen Zielen präzisierende Nachhaltigkeitsregeln und ordnen sie einzelnen Dimensionen (Ökologie, Ökonomie, Soziales und Politisch-Institutionell) zu, um die Vergleichbarkeit mit anderen Ansätzen und die Anschlussfähigkeit an aktuelle Debatten zu erleichtern. Partizipation wird hierbei in den Kontext der Operationalisierung der sozialen Dimension eingeordnet. Dabei werden diese Regeln dennoch in den Kontext der oben genannten dimensionsübergreifenden Nachhaltigkeitsziele gestellt (ebd. S. 49). Folgende der erarbeiteten Regeln beziehen sich implizit oder explizit auf partizipative Prozesse (ebd. S. 99):

- Partizipation: „Allen Mitgliedern einer Gesellschaft muss die Teilhabe an den gesellschaftlich relevanten Entscheidungsprozessen möglich sein.“
- Chancengleichheit: „Alle Mitglieder einer Gesellschaft müssen gleichwertige Chancen in Bezug auf den Zugang zu Bildung, beruflicher Tätigkeit, Information haben.“
- Sozialressourcen: „Um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu gewährleisten sind Toleranz, Solidarität, Integrationsfähigkeit, Gemeinwohlorientierung sowie Potentiale der gewaltfreien Konfliktregelung zu stärken.“
- Kulturelle Vielfalt: „Das kulturelle Erbe der Menschheit und die kulturelle Vielfalt sind zu erhalten.“

Hinter diesen auf Partizipation bezogenen Nachhaltigkeitsregeln steht die Überzeugung, „dass eine Gesellschaft – sowohl unter normativen als auch unter funktionalen Aspekten – nur dann als nachhaltig angesehen werden kann, wenn ihre Mitglieder an politischer Willensbildung und an politischen Entscheidungen teilhaben können.“ (ebd. S. 100). Die Helmholtz-Gemeinschaft legitimiert diese Überzeugung mit dem nach der Rio-Konferenz angestoßenen Nachhaltigkeitsdiskurs sowie über sozialwissenschaftliche und politikphilosophische Thematisierungen. Ein wichtiges Ziel innerhalb dieser Diskurse ist, die BürgerInnen zu Präferenz-, Urteils- und Willensbildung zu befähigen und somit die Akzeptanz entsprechender Entscheidungen zu erhöhen. Darüber hinaus sollen Ansprüche aktuell ausgeschlossener Gruppen stärker einbezogen, deren volle Mitgliedschaft in der Gesellschaft solidarisch hergestellt sowie Risse in der politischen Gemeinschaft beseitigt werden.

Partizipation muss damit zwischen kultureller Vielfalt und demokratischer Gleichheit ausbalanciert werden, um eine Gesellschaft zu schaffen, die „nicht so stark ist, dass am Rande der Gesellschaft situierte Identitäten marginalisiert werden und andererseits nicht zu schwach ist, um soziale Stabilität und Solidarität zu ermöglichen“ (Forst nach ebd. S. 103). An dieser Stelle kommen besonders deutlich gesellschaftliche Machtprozesse ins Spiel. Auswahl von Inhalt, Methode und Teilnehmenden sowie Durchführung und Auswertung der Verfahren bestimmen maßgeblich darüber, wie Kräfteverhältnisse austariert werden. Partizipation sieht sich allerdings auch mit schwerwiegenden Einwänden und Problemen konfrontiert, wie Globalisierungsfolgen oder funktionalen Differenzierungen der Gesellschaft. Die Konsequenz aus den genannten Anfor-

derungen ist, die klassischen Formen der Partizipation zu erweitern und zu transformieren.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Helmholtz-Gemeinschaft der Partizipation eine zentrale Rolle als verbindendes Element zwischen den sozialen Nachhaltigkeitsregeln zur Chancengleichheit, zur kulturellen Vielfalt und zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft einräumt. Damit stellt Partizipation eine zentrale Zielsetzung für die soziale Dimension der Nachhaltigkeit dar.

● Das Nachhaltigkeitskonzept des Umweltbundesamtes für die Regionalplanung

In der Studie „Die Weiterentwicklung und Präzisierung des Leitbilds Nachhaltiger Entwicklung in der Regionalplanung und regionalen Entwicklungskonzepten“ des Umweltbundesamtes erhält Partizipation eine prominentere Position (UBA 2000). Partizipation wird hier als eines von vier konstitutiven Elementen der Nachhaltigkeit auf der prozeduralen Ebene behandelt. Die Studie erarbeitet einen Prüfrahmen Nachhaltigkeit, um das Konzept der Nachhaltigkeit für die Regionalplanung zu operationalisieren. Dieser Prüfrahmen besteht aus aufeinander aufbauenden Maßstäben mit zunehmendem Konkretisierungsgrad.

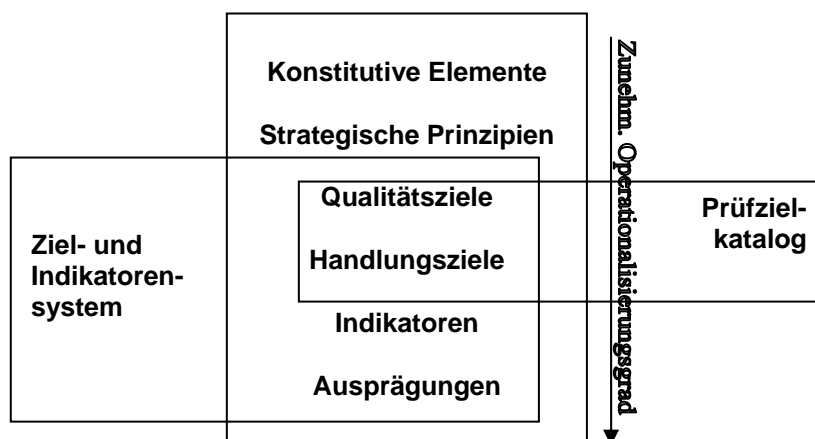


Abbildung 3: Komponenten des Prüfrahmen Nachhaltigkeit (vgl. UBA 2000, S. 22)

Aus internationalen und nationalen Übereinkommen und Festlegungen in der Nachhaltigkeitsdebatte werden rahmengebende Ziele aus den Vorgaben abgeleitet, die auch für die regionale Ebene relevant sind. Die in der Untersuchung ausgewählten konstitutiven Elemente der Nachhaltigkeit sind Integration, Dauerhaftigkeit, Verteilungsgerechtigkeit sowie Partizipation. Partizipation ist also in dieser Konzeptualisierung des Leitbildes Nachhaltigkeit eines der zentralen, richtungsweisenden Elemente.

Die konstitutiven Elemente werden durch so genannte strategische Prinzipien weiter differenziert. Diese sollen als Richtschnur für die Aufstellung von Umsetzungsstrategien zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung gelten. Die strategischen Prinzipien sind ebenso wie die konstitutiven Elemente nicht präzise voneinander abgrenzbar. Dem konstitutiven Element „Partizipation“ wer-

den dabei die strategischen Prinzipien „Erweiterte Beteiligung“, „Kooperation“ und „Transparenz“ zugeordnet:

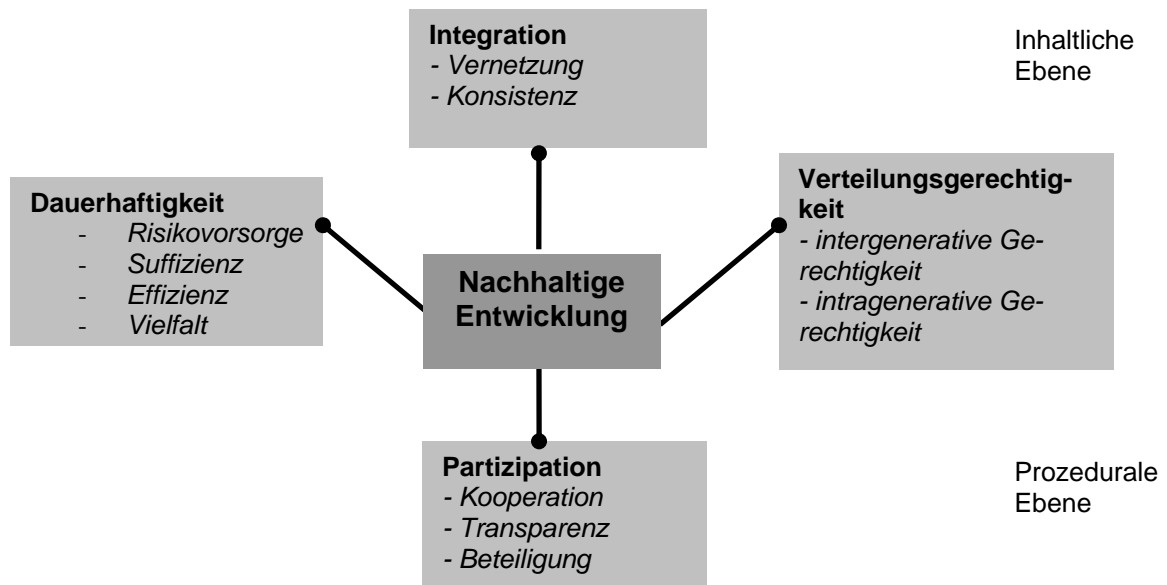


Abbildung 4: Konstitutive Elemente und strategische Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung (in Anlehnung an UBA 2000, S. 29)

Partizipation wird in diesem Konzept maßgeblich als prozessorientiertes Prinzip verstanden. Wegen ihres normativen Charakters könne Nachhaltige Entwicklung nur gesellschaftlich-diskursiv ausgehandelt werden. Dafür gelte es, Entscheidungsprozesse selbstorganisiert und partizipativ zu gestalten. Die Kooperation aller Stakeholder ist für die Umsetzung der erforderlichen institutionellen Innovationen eine zentrale Bedingung. Es geht dabei vor allem darum, die bislang weitgehend hierarchisch orientierten gesellschaftlichen Steuerungsprozesse um Elemente aktiver und aktivierender Beteiligung zu ergänzen. Hierzu sollten die Handlungs- und Problemlösungskompetenzen der Akteure verbessert und aufgewertet werden. Dies beinhaltet neben verbesserter Information auch die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der vom Entscheidungsprozess Betroffenen sowie die Steigerung des Problembewusstseins. Neue Kommunikationsinstrumente und methodische Ansätze, wie Moderation und Mediation, sollen hierbei eine stärkere Umsetzungsorientierung erwirken. Dabei gelte es, durch kooperative Verfahren Win-Win-Lösungen zu erarbeiten, die den Nutzen in mehreren Dimensionen der Nachhaltigkeit erhöhen.

Das Prinzip der Transparenz bezeichnet die Offenlegung von Entscheidungsabläufen sowie des Ressourcenverbrauchs von verschiedenen Planungsvarianten. Auch hier gilt es, als Voraussetzung für eine aktive und aktivierende Beteiligung neue methodische Ansätze zu entwickeln, die räumliche Überschaubarkeit und Komplexitätsreduktion auch in alltagsrelevanten Handlungs- und Entscheidungsbereichen unterstützen.

Beim Nachhaltigkeitskonzept des UBA wird Partizipation somit als konstitutives Element der Nachhaltigen Entwicklung aufgefasst. Eine weit reichende Beteiligung aller Stakeholder kann dabei nur über die strategischen Prinzipien Kooperation und Transparenz gelingen.

● **Lokale Agenda 21 und lokale Nachhaltigkeitsindikatoren**

Kommunen sind traditionell bedeutsame Orte der Partizipation, da Bürgerinnen und Bürger dort ihr unmittelbares Lebensumfeld gestalten können. Im Kapitel 28 der Agenda 21 werden deshalb die Kommunen aufgefordert, als Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung eine ‚kommunale Agenda 21‘ in Kooperation mit ihren Bürgern, Organisationen und der Wirtschaft zu erstellen. Partizipation auf kommunaler Ebene wird dabei in den Prozessen der Agenda 21 als gegenseitiges Lernen zwischen BürgerIn und Verwaltung definiert: „Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen (...) lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft“ (BMU 1992, Kap. 28.3).

Wie die Kommunen im Einzelnen das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung umsetzen, spiegelt sich in den Systemen kommunaler Nachhaltigkeitsindikatoren wider. Bei den zahlreichen lokalen Ansätzen, die in den 1990er Jahren entwickelt wurden, wird Partizipation entweder als Bestandteil der sozialen „Säule“ über Indikatoren wie „hohes demokratisches und gesellschaftliches Engagement“ (Diefenbacher/Wilhelmy 1999a, 1999b) oder als eigenständige Dimension definiert (Zukunftsrat Hamburg 2003). In der gemeinschaftlichen Initiative der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Hessen wurde 2000 der erste Versuch zur Vereinheitlichung von Nachhaltigkeitsindikatoren auf kommunaler Ebene gemacht (vgl. FEST 2000). Auch hier wird Partizipation als eigenständiges Ziel und Bestandteil nachhaltiger Entwicklung neben den drei traditionellen Dimensionen betrachtet. Im Jahr 2003 haben auf dieser Grundlage zahlreiche Institute und kommunale Servicestellen ihre bisher nebeneinander verwendeten Indikatorensätze vereinheitlicht und einen neuen Satz von „Kernindikatoren“ vorgelegt (FEST et al. 2003).

● **Vergleichende Betrachtung der Ansätze**

Der Vergleich der verschiedenen Konzeptionen von Nachhaltigkeit zeigt, dass Partizipation häufig ein hoher Stellenwert zugewiesen wird, allerdings mit unterschiedlichen Begründungen und in unterschiedlichen Kontexten.

Auf der einen Seite wird Partizipation als Wert an sich, als konstitutiver Bestandteil von Nachhaltigkeit begriffen. Dies ist insbesondere der Fall bei Konzepten, die intra- und intergenerationale Gerechtigkeit als zentralen Baustein der Nachhaltigkeit begreifen. Die gleichberechtigte Einbeziehung der Bürgerin-

nen und Bürger in Entscheidungen, die sie betreffen, ist dann ein Ausdruck prozessualer Gerechtigkeit und hilft, gerechte Resultate zu erzielen. Dieser Ansatz wird in der Agenda 21 sowie in den Operationalisierungsansätzen der Helmholtz-Gemeinschaft und des UBA verfolgt.

Auf der anderen Seite kann Partizipation auch Mittel zum Zweck sein, d.h. den „Königsweg“ zu einer nachhaltigeren Gesellschaft darstellen. So wird angeführt, dass in einer komplexen Gesellschaft und angesichts eines unscharfen Leitbildes wie „Nachhaltigkeit“ nur partizipative Prozesse zur Generierung verbindlicher, gesellschaftlich geteilter Werte und Zielvorstellungen beitragen können. Partizipation soll hierbei die Kenntnisse und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltige Politik mobilisieren oder zur Akzeptanz politischer Maßnahmen beitragen. Dieser Ansatz wird vor allem bei den beiden auf die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit fokussierten Konzepte der Enquete-Kommission „Mensch und Umwelt“ sowie in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ verfolgt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Prinzip der Partizipation an Bedeutung gewinnt, je stärker der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit Beachtung geschenkt wird. Dies äußert sich darin, dass Operationalisierungsansätze des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung, die ihre Argumentation am Postulat der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit ausrichten, der Partizipation eine zentrale Stellung beimessen.

3. Nachhaltigkeit und Partizipation in der SÖF

Partizipation und Nachhaltigkeit besitzen, wie bereits erläutert, vielfältige Schnittflächen. Im Folgenden nehmen wir den Zusammenhang von Partizipation und Nachhaltigkeit im Konzept der Sozial-ökologischen Forschung (SÖF) in den Blick. Zunächst untersuchen wir die Rolle von Partizipation in der Forschungskonzeption der SÖF, um Rückschlüsse auf das Partizipationsverständnis und den Stellenwert von Partizipation in der Nachhaltigkeitsforschung vornehmen zu können. Daran anschließend werden die derzeitigen Projekte der SÖF daraufhin untersucht, welche Rolle Partizipation in der Konzeption der einzelnen Projekte und der Forschungspraxis einnimmt. Als Zwischenfazit werden mögliche Konsequenzen unserer Untersuchung für die Gestaltung der Sozial-ökologischen Forschung vorgeschlagen.

3.1 Partizipation in der Forschungskonzeption der SÖF

Partizipation wird in der Sozial-ökologischen Forschung eine zentrale Bedeutung beigemessen: Sie wird als gesellschaftliche Gestaltungsmethode für nachhaltige Transformationsprozesse angesehen und sie wird als eine spezifische Zugangsweise der Sozial-ökologischen Forschung dargestellt. Allerdings gibt es kein einheitliches Partizipationsverständnis: der Begriff wird im Rahmenprogramm vielfältig und auf unterschiedlichen Ebenen verwendet. Obwohl die Bedeutung von Partizipation an vielen Stellen hervorgehoben wird, ist sie

nicht zu einem zentralen Bestandteil der SÖF geworden, wie dies z.B. bei „Gender“ der Fall ist.

Relevant wird Partizipation vorrangig im Themenbereich „Sozial-ökologische Transformation und gesellschaftliche Innovation“. Es wird betont, dass die gesellschaftliche Gestaltung sozial-ökologischer Transformationsprozesse nur in Verbindung mit umfassenden sozialen Entscheidungs- und Lernprozessen unter Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren möglich ist (BMBF 2000:15). Um die Reflexivität gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse zu erhöhen und Selbstorganisationsprozesse fördern zu können, müssen institutionelle und informelle Strukturen zivilgesellschaftlicher Teilhabe erforscht werden. Die Formen von Partizipationsprozessen sollen also zum *Forschungsgegenstand* gemacht werden.

Auch die Problemdimension „Umsetzungsprobleme und Praxisbezüge“ verweist auf Partizipationsverfahren. Hier sollen insbesondere neue Formen von Partizipation in ihren Potentialen und Strukturen erforscht werden. Soziale und institutionelle Innovationen im Bereich der Partizipationsformen können dann Such-, Lern- und Entscheidungsprozesse unterstützen. Partizipation wird demzufolge auch als *gesellschaftliches Gestaltungsverfahren* verstanden. Darüber hinaus sollen folgende Problemstellungen bearbeitet werden:

- die Verknüpfung von selbstorganisiert-zivilgesellschaftlichen und repräsentativ-staatlichen Steuerungsmöglichkeiten und
- Kommunikations-, Kooperations- und Partizipationsprozesse in sozial-ökologischen Transformationen und demokratischen Regulierungsformen.

Partizipation spielt in der Nachhaltigkeitsforschung also auch eine Rolle als *Steuerungsmöglichkeit* und *demokratische Regulierungsform*.

Neben ihrer Rolle als Forschungsgegenstand und gesellschaftliche Gestaltungsmethode nimmt Partizipation im theoretisch-konzeptionellen Rahmenprogramm der SÖF auch die Rolle als Mittel und Methode von Forschung ein. Die Praxis soll nicht „bepробt“ werden, sondern eine aktive Rolle im Rahmen der Forschungsprojekte übernehmen. Die Forschung soll wissenschaftliches Wissen mit Perspektiven und Erfahrungen der Akteure verknüpfen. Auch die Förderrichtlinien des BMBF nennen Transdisziplinarität als zentrale Charakteristik der SÖF. Durch die Beteiligung von Praxispartnern an der Forschung sollen die Umsetzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen verbessert werden. Als Handlungsfeld für die SÖF wird u.a. die Generierung von neuem Wissen für gesellschaftliche Handlungskonzepte genannt. Hier erhält Partizipation noch eine andere Funktion: Partizipation ist einerseits eines der forschungsleitenden Ziele einer nachhaltigen Entwicklung; andererseits können diese Ziele nicht wissenschaftsintern, sondern nur in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen festgelegt werden. Partizipation erhält also auch die Funktion, Ziele von Sozial-ökologischer Forschung *gesellschaftlich zu legitimieren*.

Zusammenfassend lässt sich das Verständnis von Partizipation im Kontext der SÖF am besten über die Funktionen bzw. Rollen bestimmen, die ihr im Rahmenkonzept zugewiesen werden. Partizipation wird danach gesehen als:

- gesellschaftliches Gestaltungsverfahren
- Steuerungsmöglichkeit
- demokratische Regulierungsform
- Forschungsgegenstand
- Forschungsmethode
- Forschungsziel
- Mittel zur Legitimation von Forschungszielen

Wie eingangs angemerkt, findet im Konzept der SÖF keine klare Begriffs-, Funktions- oder Zielbestimmung von Partizipation statt. Und doch wird Partizipation in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen der SÖF eine bedeutende Rolle zugewiesen. Eine Klärung des Begriffsverständnisses und der verschiedenen Funktionen und Ebenen auf denen Partizipation relevant wird, scheint ein notwendiger Arbeitsschritt in der Weiterentwicklung des Förderprogramms.

3.2 Nachhaltigkeit und Partizipation in den geförderten Forschungsprojekten

Um die aktuelle Rolle der Partizipation im SÖF-Förderprogramm zu bestimmen, haben wir neben einer Auswertung grundlegender Dokumente auch versucht, die aktuelle Forschungspraxis der geförderten Projekte im Umgang mit Partizipation einzuschätzen. Zu diesem Zweck wurden die zurzeit laufenden SÖF-Projekte per E-Mail über Rolle und Stellenwert von Partizipation in ihren Projekten befragt. Der Fragebogen gliederte sich in folgende Themenbereiche:

- Verständnis von Partizipation und Rolle der Partizipation in den Projekten
- Thematischer Kontext von Partizipation im Projekt
- Theoretischer Zugang zu Partizipation (Begründung von Partizipation, Verhältnis zur Nachhaltigen Entwicklung)
- Erwartungen an Partizipation; Einschätzung von Leistungen und Grenzen
- Akteure (Initiatoren, Beteiligte, Rolle der ForscherInnen);
- Methoden (Methodeneinsatz, Ziele und theoretischer Hintergrund des Methodeneinsatzes);
- Praktische Erfahrungen (Lessons learned, Probleme).

Die folgende Darstellung beruht auf der schriftlichen Auskunft von sechzehn Projekten⁴. Es ist nicht auszuschließen, dass Projekte sich in größerem Umfang oder größerer Tiefe mit Aspekten der Partizipation beschäftigen, als aus dem Kurzfragebogen hervorgeht. Unter diesem Vorbehalt sind die Ausführungen zu lesen.

In den Projekten zeichnen sich zwei grundlegend verschiedene Herangehensweisen an Partizipation ab: In einem großen Teil der Projekte ist Partizipation *Mittel und Methode* der Forschung; sie ist somit weitgehend gleichbedeutend mit Integration von Praxispartnern oder mit transdisziplinärer Forschung. In einigen Projekten ist Partizipation *Gegenstand* und selten auch *Ziel* der Forschung.⁵

Da diese verschiedenen Optionen wesentliche Konsequenzen für Begründung, Ziele und Methoden der Partizipation haben, werden sie im Folgenden in zwei separaten Abschnitten dargestellt.

Vier Projekte (Zeilenumbruch, Blockierter Wandel, PartizipA, GELENA) erscheinen als „Hybride“: Partizipationsprozesse werden initiiert, um Wissen zu generieren (Mittel der Forschung), aber zugleich analysierend begleitet (Gegenstand der Forschung), um Empfehlungen zur Verbesserung von Partizipationsverfahren geben zu können (Ziel der Forschung).

3.2.1 Partizipation als Mittel und Methode

Verständnis und Rolle der Partizipation in den Projekten

Partizipation wird in zwölf Projekten als Beteiligung von Stakeholdern, ExpertInnen und Praxisakteuren am Forschungsprozess verstanden; sie ist also im Wesentlichen gleichbedeutend mit Praxisintegration bzw. transdisziplinärer Forschung. Dabei kann man drei Hauptziele unterscheiden, die meist parallel verfolgt werden. Ein erstes Ziel ist die *Sammlung empirischer Datenmaterials* für die Forschung. AbnehmerInnen des Wissens sind daher die ForscherInnen im Projekt. Ein zweites Ziel ist die Generierung von (Ziel-, Orientierungs- und

⁴ Die Projekte waren: AgChange - Gesellschaftliche Naturverhältnisse im Wandel, Blockierter Wandel? Neue Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, demons – Die Versorgung der Bevölkerung, GELENA – Gesellschaftliches Lernen und Nachhaltigkeit, Global Governance und Klimawandel, IMV – Integrierte Mikrosysteme der Versorgung, JET-SET – Die Einführung von Emissionshandelssystemen als sozial-ökologischer Transformationsprozess, Mobilanz – Möglichkeiten zur Reduzierung des Energieverbrauches und der Stoffströme unterschiedlicher Mobilitätsstile, NEDS – Nachhaltige Entwicklung zwischen Durchsatz und Symbolik, netWorks - Sozialökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme am Beispiel Wasser, OSSENA – Ernährungsqualität als Lebensqualität, Regionaler Wohlstand neu betrachtet, PartizipA – Partizipative Modellbildung, Akteurs- und Ökosystemanalyse in Agrarintensivregionen, TIPS – Transformation and Innovation in Power Systems, Von der Agrarwende zur Konsumwende, Zeilenumbruch – sozial-ökologische Gestaltungspotenziale im Wohnungsbestand der Nachkriegszeit.

⁵ Daneben kann Partizipation außerdem auch *normative Leitlinie* zur Bewertung vorgefundener politischer Institutionen und Entscheidungsprozesse sein, wie es im Projekt „AgChange“ der Fall ist.

Handlungs-) *Wissen zur Erarbeitung konkreter Lösungen* für sozial-ökologische Probleme. Hintergrund ist die Erwartung, dass angemessenere und praxistauglichere Problemlösungen gefunden werden können, wenn unterschiedliche Perspektiven und Wissensarten einbezogen werden. AbnehmerInnen des Wissens können die beteiligten ExpertInnen und Praxisakteure sein, aber auch Dritte, die beraten werden (Politik, Unternehmen). Schließlich beabsichtigt die Praxisintegration auch die bessere *Vermittlung und Umsetzung* von Wissen und Ideen. Zielgruppe sind zunächst wieder die Beteiligten selbst, die oft zugleich Anwender der entwickelten Konzepte sind. Weiter können diese Beteiligten MultiplikatorInnen für weitere potenzielle AnwenderInnen oder für ein breiteres Publikum werden.

Zusätzlich verfolgen die Projekte Ziele wie Vernetzung der Beteiligten untereinander, Förderung von Dialog, soziales Lernen, Förderung des Verständnisses für nachhaltige Entwicklung und der Bereitschaft, eigene Beiträge dazu zu leisten (z.B. schonende Nutzung gemeinsamer Ressourcen in einer Wohnsiedlung).

In sechs Projekten („GELENA“, „Mobilanz“, „OSSENA“, „Regionaler Wohlstand“, „TIPS“, „Zeilenumbruch“) dient das gemeinsam geschaffene Wissen der (Weiter-) Entwicklung konkreter nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen. In zwei Projekten („Blockierter Wandel“, „Konsumwende“) werden allgemeinere Konzepte einer nachhaltigen Transformation generiert. In vier Vorhaben („Ag-Change“, „IMV“, „JetSet“, „PartizipA“) entstehen Szenarien und (qualitative) Modelle eines Problembereichs.

Der Grad, in dem das Endprodukt (Wissen oder konkretes Produkt) von den Beteiligten beeinflusst werden kann, ist sehr unterschiedlich. In einigen Projekten nehmen die Beteiligten die klassische Rolle der „Datenlieferanten“ ein, während die ForscherInnen die Daten interpretieren und Schlussfolgerungen ziehen. In anderen sind die Beteiligten selbst an der Erarbeitung des Ergebnisses beteiligt und haben einen weitgehenden Einfluss darauf. Ebenso variiert der Grad, zu dem mit der Partizipation neben den Zielen der Forschungsgruppe eigene Ziele der Beteiligten verfolgt werden.

Thematischer Kontext

Stakeholder- und Expertenbeteiligung wird in einem weiten Spektrum von Handlungsfeldern durchgeführt: Strategien der Ernährungs-, Agrar- und Konsumwende, Produktentwicklung, Stadt-, Siedlungs- und Regionalentwicklung, Konzeption von Mobilitätsdienstleistungen oder von Innovationen in der Energieversorgung, Zukunft der Versorgungssysteme, Klimaschutz, Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Theoretische Begründung von Partizipation und Bezug zur Nachhaltigkeit

Theoretische Begründungen für Partizipation oder gar Theorien der Partizipation sind in den meisten Projekten wenig ausgearbeitet. Mehrmals werden wissenschaftstheoretische Konzepte wie Post-normal Science, transdisziplinäre Forschung, Aktionsforschung und Grounded Theory angeführt; solche Überlegungen dürften im Hintergrund der meisten Projekte stehen. Sie gehen davon aus, dass die Gültigkeit wissenschaftlichen Wissens in der modernen Gesellschaft beschränkt ist, und dass es der dialogischen Ergänzung durch andere Wissensformen bedarf. Eine demokratiethoretische Begründung bringt „Mobilanz“: Partizipation sei „der einzig legitimierbare Weg der Entscheidungsfindung und -umsetzung in demokratischen Gesellschaften“.

Der Bezug zur Nachhaltigkeit wird selten explizit hergestellt. Zwei Projekte verweisen darauf, dass diese Frage nur kontextspezifisch seriös beantwortet werden könne. Wo der Zusammenhang zwischen Partizipation und Nachhaltigkeit reflektiert wird, sind die Auffassungen konträr: Während „JetSet“ „keinen kausalen Zusammenhang“ sieht, gibt es für das Projekt „Blockierter Wandel?“ „ohne Partizipation keine Nachhaltigkeit“. Ähnliche Positionen haben „IMV“, „PartizipA“ und „Mobilanz“, die allerdings unterschiedliche Begründungen anführen: Für „IMV“ interessiert der prozessuale Aspekt. Partizipation soll dazu dienen, die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung zu bestimmen und dabei ermöglichen, den „Inhalt von Nachhaltigkeit nicht durch bestimmte wissenschaftliche Ansätze (zu) normier(en), sondern die gesellschaftliche Vielfalt des Verständnisses von Nachhaltigkeit (einzubeziehen)“. Ähnlich soll die Stakeholderbeteiligung bei PartizipA dazu beitragen, „zu verstehen, was "nachhaltige Landwirtschaft" ist/sein könnte“. Für „Mobilanz“ dagegen ist Partizipation selbst schon ein „zentrales Merkmal der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit“.

Implizit erscheint Partizipation in den meisten Projekten in einer dienenden Funktion: Sie hilft, „nachhaltigere“ Produkte, Dienstleistungen und Entscheidungen zu produzieren. Wie in der gesamten Nachhaltigkeitsdebatte finden sich auch in den Fragebögen wenig Reflexionen über Machtverhältnisse und Einflusschancen der Beteiligten sowie das Verhältnis von Wissen und Implementation. Es herrscht die Hoffnung, dass die durch Beteiligung gefundene „beste Lösung“ dann auch implementiert wird.

Erwartungen an Partizipation, Leistungen und Grenzen

Laut den Selbstauskünften wird in den Projekten kaum darüber reflektiert, was man von partizipativer Forschung realistisch erwarten kann, was sie leisten kann und wo ihre Grenzen liegen. Zwei Projekte weisen darauf hin, dass diese Frage nur kontextspezifisch beantwortet werden könne. Die wenigen Antworten deuten darauf hin, dass die Projekte erwarten, mit Hilfe von Partizipation

innovativere, praxisnähere oder „anschlussfähigere“ Problemösungen zu finden. Grenzen sehen sie darin, dass Partizipation das Expertenurteil nicht ersetzen und Konflikte nicht vermeiden kann.

● Akteure

Beteiligte Akteursgruppen sind typischerweise:

- NutzerInnen von Endprodukten
- AnbieterInnen von Produkten (Landwirte, Hersteller, Handel)
- Stakeholder (Vertreter von NGOs und Interessengruppen)
- Politische EntscheidungsträgerInnen
- Öffentliche Behörden
- Multiplikatoren und / oder BeraterInnen einer der oben genannten Gruppen
- Andere WissenschaftlerInnen.

Die Beteiligungsprozesse werden von der Forschungsgruppe (bei IMV und PartizipA zusammen mit Praxispartnern) initiiert, moderiert und begleitet. Die Forschungsgruppe kontrolliert und interpretiert die Ergebnisse jeweils in unterschiedlichem Ausmaß.

● Methoden

Die angewandten Methoden decken ein breites Spektrum ab. Typisch sind Gespräche, Interviews, (Fokus-)Gruppendiskussionen, Surveys, Expertenbefragungen und Workshops. Unter Umständen werden Datenerhebungen oder Konferenzen gemeinsam geplant. In einem Projekt wurde ein Praxisbeirat eingerichtet. Teilweise werden innovative Methoden durchgeführt, etwa in „Zeilenumbuch“ eine Foto-Studie oder in „Blockierter Wandel?“ gemeinsame Exkursionen. Die weitestgehende Beteiligung wird in „IMV“, „JetSet“ und „PartizipA“ mit Methoden der partizipativen Modellbildung, Szenarioworkshops oder interaktiven Szenarioentwicklung erzielt. Die beteiligten Stakeholder entwickeln dabei Zukunftsszenarien, über die sie eine weitreichende inhaltliche Kontrolle haben.

Die Auswahl der Methoden wird selten diskutiert oder begründet. Wo die Projekte Ziele und Begründungen nennen, sind diese meist identisch mit den allgemeinen Zielen und Begründungen von Partizipation überhaupt. PartizipA begründet die Methode der partizipativen Modellbildung mit den Chancen zum Sozialen Lernen, Selbstorganisation und Konfliktüberwindung, die diese bietet.

● **Praktische Erfahrungen mit Partizipation**

Im überwiegenden Teil der Projekte ist es zu früh, um bereits Erfahrungen auswerten zu können. Umfangreiche praktische Erfahrungen liegen erst aus drei Projekten vor. Zu den „lessons learned“ zählen:

- „Partizipation nur mit konkret Betroffenen möglich, die etwas zu gewinnen oder zu verlieren haben (NIMBYs) -> Anreizsysteme müssen stimmen.“ („Mobilanz“)
- „Es ist schwierig, interessante Leute, d.h. Entscheidungsträger zu beteiligen, da diese häufig Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind.“ („Regionaler Wohlstand“) Ebenso zeichnen sich im Projekt „PartizipA“ „Überlastung, Desinteresse, Resignation einiger Stakeholder“ ab, die die Teilnahme und damit die Repräsentativität gefährden.
- Andererseits waren auch Experten / Interessenvertreter sehr interessiert an der Beteiligung an einem Szenarienprozess, der zunächst keinen konkreten materiellen Anreiz bot. Entscheidend können hier gewesen sein: Zusammensetzung der Gruppe, Möglichkeit zum Dialog mit als interessant empfundenen Akteuren, großer Einfluss auf das Ergebnis. („IMV“)
- Probleme bestehen mit „Pseudopartizipation“, die nur der Legitimation dient und damit auch die Motivation zerstört. („Mobilanz“)
- Eine Schwierigkeit besteht darin, sehr unterschiedliche Interessen und Perspektiven zusammenzuführen, außer auf sehr hoch aggregiertem Niveau. („IMV“)

● **3.2.2 Partizipation als Gegenstand und Ziel**

In neun Projekten werden Partizipationsprozesse und / oder -akteure zum Gegenstand der Forschung. Dabei geschieht dies zum Teil nur in Teilprojekten. In vier Projekten wird diese Forschung mit dem expliziten Ziel verknüpft, gesellschaftliche Beteiligung zu verbessern. Aus einem Projekt wird angemerkt, dass eine solche Zielsetzung ein völlig neues, eigenständiges Projekt erfordern würde.

● **Verständnis und Rolle der Partizipation in den Projekten**

Eine zentrale Stellung hat die Untersuchung von Partizipationsprozessen in den Projekten „Zeilenumbruch“, „Blockierter Wandel?“, „Global Governance und Klimawandel“, „netWorks“, „GELENA“ und „PartizipA“. In den fünf letztgenannten Projekten ist dabei eine Verbesserung von Partizipationsprozessen zugleich ein zentrales Forschungsziel.

Im Projekt „Zeilenumbruch“ soll anhand der selbst initiierten Beteiligung von BewohnerInnen an der Umgestaltung von Zeilensiedlungen unter anderem

untersucht werden, wie solche Prozesse methodisch besser gestaltet werden können. Im Projekt GELENA erfolgt dies am Beispiel von partizipativen Ansätzen in der Produktentwicklung. Beim „Blockierten Wandel?“ geht es darum, Aushandlungsprozesse zu entwickeln, die helfen können, Blockaden in der nachhaltigen Regionalentwicklung aufzulösen. Im Projekt „Global Governance und Klimawandel“ sollen Bedingungen erforscht werden, die eine breite Teilnahme der Bevölkerung an Beteiligungsprozessen verhindern oder erleichtern. Außerdem sollen demokratietheoretische Fragestellungen behandelt werden. Bei „netWorks“ wird untersucht, wie Kommunen angesichts von Transformations- und Privatisierungsprozessen in der Wasserversorgung eine demokratische Regulierung dieses Sektors erhalten oder wiederherstellen können. „PartizipA“ schließlich möchte in partizipativer Weise Szenarien der zukünftigen Entwicklung der Landwirtschaft in Agrarintensivregionen unter den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie entwickeln und damit Lernprozesse unter den Akteuren anstoßen. Zugleich wird die Methode der partizipativen Modellbildung getestet und weiterentwickelt.

In zwei weiteren Projekten ist Partizipation Gegenstand einzelner Teilprojekte. So werden in Teilen von „demons“ „Bedingungen und Defizite von Partizipationsprozessen bei der Gestaltung von Versorgungssystemen für Wasser und Ernährung untersucht (Regulationsformen beim Zugang zu Wasser; Planungs- und Entscheidungsprozesse; verschiedener Einfluss sozialer Gruppen, u.a. nach Geschlecht).“ In einem Teilprojekt von „TIPS“ („Innovation von Governance für nachhaltigen Strukturwandel“) wird die Rolle innovativer Governance-Formen für die Transformation im Stromsektor untersucht. Dabei wird Partizipation als wichtiges Element solcher Governance-Formen angesehen.

Das Projekt NEDS betrachtet vor allem *Beteiligungsakteure*: Gegenstand sind Netzwerke und Leitbilder von Akteuren der Lokalen Agenda 21, in diesem Fall des Zukunftsrates Hamburg. *Beteiligungsprozesse* stehen dagegen nicht im Mittelpunkt.

Thematischer Kontext

Der thematische Kontext ist ähnlich breit wie in den Projekten, die Beteiligung als Forschungsmethode anwenden. Themen der Projekte sind Klimapolitik, Transformation des Stromsektors, Lokale Agenda 21, Regionalentwicklung, Siedlungsentwicklung, Landwirtschaft sowie Versorgungssysteme für Wasser und Ernährung.

Theoretische Begründung von Partizipation und Bezug zur Nachhaltigkeit

Auch bei diesen Projekten ist die Beschäftigung mit Partizipation nur teilweise in Theorien begründet. Dabei werden eine Reihe unterschiedlicher Theorietraditionen erkennbar. „Demons“, „Zeilenumbruch“, „GELENA“ und „Blockierter Wandel“ verweisen auf die bereits oben dargestellten Transdisziplinaritätskon-

zepte. „GELENA“ bezieht sich zudem auf die Rolle von Nutzer/innen in der Innovationsforschung. Das TIPS-Teilprojekt baut auf „transition management“-Theorien auf, nach denen Partizipation ein möglicher methodischer Baustein für die Gestaltung von Systemtransformationen ist. „PartizipA“ begründet Partizipation mit ihrer Bedeutung für soziales Lernen und „Knowledge Engineering“. „Global Governance“ und „netWorks“ schließlich legen demokratietheoretische und politikwissenschaftliche Ansätze zugrunde, die sich mit Fragen der Legitimation und demokratischen Kontrolle durch staatliche Institutionen, Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen befassen. „netWorks“ bevorzugt gegenüber dem Begriff der Partizipation den weiteren Begriff der „demokratischen Regulierung“, da es nicht nur um die Beteiligung von BürgerInnen geht, sondern auch um die Regulierungsfähigkeit demokratischer Institutionen, hier auf kommunaler Ebene. „Global Governance“ betont demgegenüber den Aspekt der Maximierung von Selbstentfaltung und -bestimmung zivilgesellschaftlicher Akteure. Obwohl nicht ausbuchstabiert, steht eine ähnliche Überlegung auch beim „Blockierten Wandel“ im Hintergrund, wenn die Maximaldefinition von Partizipation als „gleichberechtigtes Zusammenwirken der Akteure bei Definition der Aufgabe (des Problems), Festlegung des Ziels, Auswahl der Methoden und Instrumente, Erstellen des Zeit- und Arbeitsplanes und deren Erfüllung und Bewertung“ formuliert wird.

Die Projekte sehen generell einen engen Zusammenhang zwischen Partizipation und Nachhaltigkeit. So betrachten „Zeilenumbruch“ und „Blockierter Wandel“ Partizipation als notwendigen „Baustein“ einer nachhaltigen Entwicklung. „Global Governance und Klimawandel“ betont eine wechselseitige Bedingtheit von Partizipation und Nachhaltigkeit. „netWorks“ sieht Partizipation als notwendiges Gegengewicht zu Privatisierung von Versorgungssektoren, wenn nachhaltige Entwicklung angestrebt wird. „NEDS“ sieht den Zusammenhang durch die Agenda 21 gegeben: Partizipation ist eine Forderung der Agenda 21 und dient (dem untersuchten Zukunftsrat) dazu, das politische Ziel der Nachhaltigkeit voranzubringen. Im „TIPS“-Teilprojekt dient Partizipation ähnlich wie in „IMV“ und „PartizipA“ der Festlegung von Zielen und / oder Identifikation von Entwicklungspfaden einer nachhaltigen Entwicklung. Generell fällt auf, dass der Zusammenhang zwar angenommen, aber nicht detailliert erläutert und selten begründet wird, und dass die Art der angenommenen Zusammenhänge variiert.

Erwartungen an Partizipation, Leistungen und Grenzen

„Demons“, „Zeilenumbruch“ und „Blockierter Wandel?“ erwarten von Partizipation, wie oben bereits genannt, die Generierung adäquateren (Ziel-, Orientierungs- und Transformations-) Wissens durch Perspektivenvielfalt und den Abgleich der verschiedenen Wissensarten. Dadurch soll nachhaltige Entwicklung erleichtert werden. „Blockierter Wandel?“ nennt darüber hinaus als mögliches Ergebnis ein vertieftes Verständnis von Wandlungsprozessen, und ein Verständnis, wie Transdisziplinarität möglich ist. „NEDS“ betont dagegen, dass eigene Reflexionen über Begründung, Ziele und Grenzen von Partizipation

nicht Gegenstand des Projektes sind. Auch in „TIPS“ werden sie nicht zum Thema. Bei „netWorks“ ist die Frage nach Zielen und Grenzen von Partizipation einer der Forschungsgegenstände, so dass noch keine Einschätzung gegeben werden kann. Nur das Projekt „PartizipA“ gibt eine Einschätzung von Grenzen der Partizipation ab: lokale Partizipation kann von Entscheidungen auf überregionaler Ebene konterkariert werden. In keinem Fragebogen findet sich eine detaillierte Reflexion über die Bedingungen, unter denen die Erwartungen erfüllt werden können.

Akteure

Die untersuchten Partizipationsprozesse werden bei „Zeilenumbruch“ und „GELENA“ von der Forschungsgruppe, bei „PartizipA“ von Forschungsgruppe gemeinsam mit Praxisakteuren, in den anderen Fällen von Praxisakteuren initiiert. Das Projekt „Blockierter Wandel?“ peilt ein zweistufiges Verfahren an: In einer ersten Projektphase, in der gemeinsam ein Verständnis des Handlungsfelds erarbeitet wird, haben die ForscherInnen die Initiative. In einer späteren Projektphase, in der es verstärkt um die Entwicklung und Evaluation von Aushandlungskonzepten geht, sollen regionale Akteure InitiatorInnen sein.

Unter den beteiligten Akteuren sind, je nach Fragestellung des Forschungsprojektes, NutzerInnen und AnbieterInnen von Projekten und Dienstleistungen, NGOs, Bürgerinnen und Bürger sowie politische EntscheidungsträgerInnen. Im Projekt „demons“ bleibt es offen: Welche Akteure an Partizipationsprozessen beteiligt werden, stellt einen Teil der Forschungsfrage dar. Im Projekt „netWorks“ werden keine einzelnen Partizipationsverfahren untersucht, so dass die Frage offen bleiben muss.

ForscherInnen können unterschiedliche Rollen einnehmen: sie initiieren, strukturieren oder moderieren die Prozesse, sie begleiten, erforschen und evaluieren sie, lernen daraus und machen Vorschläge zur Verbesserung. Die initiierende und moderierende Rolle auf der einen Seite und die begleitende und erforschende auf der anderen können einzeln auftreten oder kombiniert werden. Bei „NEDS“ übernimmt die Forschungsgruppe keine aktive Rolle im Prozess.

Methoden

Im Gegensatz zu den Projekten, die Partizipation als Forschungsmethode anwenden, finden die konkreten Partizipationsverfahren in den Projekten, wo Partizipation eher Gegenstand oder Ziel ist, kaum Erwähnung. Teilweise geht es erst darum, geeignete Methoden zu entwickeln: Welche das sein könnten, ist eine offene Forschungsfrage („Blockierter Wandel?“, „netWorks“). Teilweise stehen die Methoden nicht im Einzelnen im Zentrum des Interesses („TIPS“, „NEDS“, „Global Governance“, „demons“). Lediglich „PartizipA“ legt den Schwerpunkt auf die Methode der partizipativen Modellbildung, die im Projekt erprobt und weiterentwickelt werden soll.

● **Praktische Erfahrungen**

Erst wenige Projekte können praktische Erfahrungen berichten. Bei „NEDS“ ist Partizipation „erfolgreich, wenn es einzelne engagierte, starke, ressourcenmäßig gut ausgestattete Akteure gibt, die es verstehen, integrativ und antizipierend andere Sichtweisen in ihre Strategien mit aufzunehmen“. Die beiden wichtigsten Befunde von „netWorks“ sind

- dass bei der Gestaltung von Instrumenten der demokratischen Regulierung stärker berücksichtigt werden muss, dass BürgerInnen unterschiedlich großes Interesse an Beteiligung und unterschiedliche Wünsche nach Information und Einbindung haben.
- dass die Bedeutung von Transparenz, etwa in Form von Benchmarking, für die demokratische Regulierung von Versorgungssystemen noch nicht ausreichend erkannt wird.

Bei „PartizipA“ zeichnen sich Schwierigkeiten ab, die Stakeholder zu motivieren. Eine offene Frage ist die langfristige Wirksamkeit der angestoßenen Prozesse in Form der Umsetzung beschlossener Maßnahmen, aber auch der Dauerhaftigkeit von Lernprozessen.

In anderen Projekten wurden noch keine Erfahrungen gemacht; es wird jedoch vereinzelt auf Erfahrungen aus der Literatur oder aus vorangegangenen Forschungsvorhaben verwiesen.

● **3.3 Zusammenfassende Einschätzung und Empfehlungen für das SÖF-Programm**

Im Folgenden geben wir eine zusammenfassende Einschätzung dazu, wie das Thema Partizipation im SÖF-Programm behandelt wird, welche Formen dominieren und welche dahinter zurückstehen. Dabei geht es nicht um eine Kritik an den Schwerpunktsetzungen einzelner Projekte. Ob und wie ausführlich Partizipation Thema eines Projektes ist, erklärt sich schließlich immer aus der individuellen Konzeption und „Projektlogik“. Vielmehr soll die Zusammenschau dazu dienen, auf der Programmebene zu reflektieren, was mit dem Querschnittsthema „Partizipation“ erreicht werden sollte, ob dies gelungen ist, bzw. welche Umstrukturierungen gegebenenfalls erforderlich sind, um das Ziel zu erreichen.

In vielen SÖF-Projekten dominiert ein Verständnis von Partizipation als Praxisintegration oder Transdisziplinarität: Praxispartner werden in den Forschungsprozess integriert, um die Generierung oder Vermittlung von Wissen zu verbessern. Eine Stärke der Projekte liegt daher in den vielfältigen Methoden und Formen, die für die Integration von Praxisakteuren in die Forschung entwickelt wurden. Damit wird die Diskussion um „post-normal Science“, Transdisziplinarität oder Aktionsforschung um interessante Beispiele und innovative

Ideen bereichert. Eine Evaluation dieser Methoden anhand praktischer Erfahrungen steht allerdings noch aus.

Dagegen behandeln weniger Projekte Partizipation in systematischer Weise als Forschungsgegenstand oder gar Forschungsziel. Eine Erforschung von Partizipationsprozessen, die sich im außerwissenschaftlichen Bereich abspielen, findet seltener statt. Nur eine Minderheit der Projekte sieht eine zentrale Aufgabe in der Evaluation und Verbesserung gesellschaftlicher Beteiligung.

Das hat mehrere Konsequenzen:

Erstens treten ForscherInnen häufig als InitiatorInnen auf, haben eine dominante Funktion, und Rolle und Einfluss anderer Stakeholder bleiben beschränkt.

Zweitens leisten die Projekte wenig theoretische Reflexion bzgl. Partizipation und ihrer Anwendung im jeweiligen Projektzusammenhang sowie bzgl. des Zusammenhangs zwischen Partizipation und nachhaltiger Entwicklung. Das dominante Paradigma ist wissenschaftstheoretischer Natur: Transdisziplinarität oder post-normal Science begründen eine Beteiligung verschiedener Akteure an der Wissensgenerierung. Eine demokratietheoretische Reflexion von Partizipation, ein Nachdenken über ihre Rolle bei politischen Entscheidungen, über Machtverhältnisse, Partizipationshemmnisse und Legitimationsprobleme tritt dahinter zurück. Der Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Partizipation ist nur selten klar ausformuliert. Wo dies doch geschieht, gibt es divergierende Vorstellungen darüber. Hier bedarf es eines Diskussionsprozesses innerhalb des Programms „Sozial-ökologische Forschung“: Wie verhalten sich Partizipation und nachhaltige Entwicklung im Einzelnen zueinander? Wo gibt es Synergien und wo Zielkonflikte?

Drittens gibt es nur wenig detaillierte Reflexion der realistisch erwartbaren Leistungen und Grenzen, der Erfolgsaussichten und -bedingungen von Partizipationsmethoden und -prozessen.

Ein weiterer Befund ist, dass konkrete Partizipationsmethoden und –verfahren nur gelegentlich Gegenstand einer Evaluation werden. Forschungsprojekte, die geeignete Konzepte und Verfahren zur Förderung nachhaltiger Entwicklung identifizieren wollen, stehen noch ganz am Anfang ihrer Arbeit. Natürlich sind solche Evaluationen in anderen Zusammenhängen schon geleistet worden. Der besondere Beitrag der SÖF könnte es jedoch sein, die Methoden speziell auf ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung hin zu durchleuchten.

Der Befund wirft die Frage auf, ob es Ziel des SÖF-Programms ist oder sein kann, die festgestellten „blinden Flecken“ zu füllen, oder ob sich das Programm auf die Förderung von Praxisintegration in die Forschung beschränken sollte. Zu Recht wird von einem befragten Projekt darauf hingewiesen, dass die Aufgabenstellung, gesellschaftliche Teilhabe zu erforschen und zu fördern, eine andere Projektkonzeption verlangt, als wenn es um die Lösung konkreter sozial-ökologischer Probleme oder um die Erarbeitung von Systemwissen über Handlungsfelder und Sektoren geht. Die Verbindung all dieser Aufgabenstel-

lungen in einem Projekt würde sicherlich eine Überfrachtung des ohnehin schon komplexen Förderprogramms bedeuten.

Für das SÖF-Programm ergeben sich damit zwei grundlegende Optionen:

1. Bewusster Verzicht auf das Ziel einer Förderung gesellschaftlicher Teilhabe. Statt dessen Fokussierung auf Praxisintegration in der Forschung. Diese Ausrichtung müsste auch im Rahmenkonzept und den Förderrichtlinien entsprechend deutlich gemacht werden.

Ein wichtiger Bestandteil des Programms sollte dabei nicht nur die Entwicklung, sondern auch die kritische Evaluation von Methoden und Vorgehensweisen bei der Integration von PraxispartnerInnen sein. Die in den Projekten gemachten Erfahrungen sollten zusammengetragen und ausgewertet werden, um daraus Empfehlungen ableiten zu können. Dazu kann sicherlich die Querschnittsgruppe „Praxisintegration“ Wesentliches beitragen.

2. Explizitere und selbstbewusstere Aufnahme des Ziels in das Programm. Dies müsste jedoch von entsprechenden institutionellen Umstrukturierungen begleitet sein, um eine Überfrachtung einzelner Projekte zu verhindern. Einige stichwortartige Vorschläge dazu sollen genügen:

- Definition einer eigenen Problemdimension „Partizipation“ ähnlich des Querschnittsthemas „Gender“. Dabei müsste generell darauf geachtet werden, dass Forschungsprojekte klar den Schwerpunkt auf eine Problemdimension legen. Es überfrachtet ein Projekt, mehrere der Aspekte „Grundlagenprobleme und Methodenentwicklung“, „Umsetzungsprobleme und Praxisbezüge“, „Gender“ und ggf. „Partizipation“ parallel zu behandeln.
- Alternativ Ausschreibung eines eigenen Themenschwerpunktes. Bei der Ausschreibung wäre zu beachten, dass die Projekte sich insbesondere den oben ermittelten „blinden Flecken“ widmen: Herausarbeitung des Verhältnisses von Partizipation und Nachhaltigkeit, differenzierte Einschätzungen der Leistungen und Grenzen von Partizipation (für nachhaltige Entwicklung), Einbeziehung demokratietheoretischer Überlegungen und Reflexion von Macht- und Legitimationsfragen; Evaluierung einzelner Partizipationsmethoden auf ihre Leistungsfähigkeit zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

In beiden Fällen sind unter Umständen Förderbedingungen anzupassen, um die Kooperation mit PraxispartnerInnen zu ermöglichen oder zu erleichtern. Das betrifft insbesondere die Zeitstrukturen.

- Die Suche nach geeigneten PraxispartnerInnen, die bereit sind, sich an einem Forschungsvorhaben zu beteiligen oder ihre eigenen Partizipationsprozesse „beforschen“ zu lassen, ist ein eigenständiger Arbeitsschritt. Sollen die PartnerInnen wesentlich an der Forschung beteiligt werden, so ist eine genaue Definition der Fragestellung und der weiteren Arbeitsschritte erst dann möglich, wenn diese PartnerInnen feststehen. Hilfreich könnte es daher sein, Förderung für „Vorlaufprojekte“ zur Verfügung zu stellen, die nur dazu dienen, ein Handlungsfeld zu sondieren und Kontakte zu potenziellen PartnerInnen zu knüpfen.

- PraxispartnerInnen unterliegen außerwissenschaftlichen Zwängen und Anforderungen, die ihren Zeitplan bestimmen. Es kann nötig werden, das Forschungsprojekt sehr zeitnah nach der Kooperationsvereinbarung zu beginnen. Vergehen in der Zwischenzeit mehrere Monate oder gar Jahre, so hat sich die Zusammenarbeit für die PraxispartnerInnen oft erübrigt. Es ist daher nötig, für Projekte in Kooperation mit PraxispartnerInnen sehr schnelle und effektive Bewilligungsprozeduren zu entwickeln, die eine Förderentscheidung binnen weniger Wochen ermöglichen.

● 4. Schlussfolgerungen für Partizipation und Nachhaltigkeit

Im vorliegenden Papier sind wir einerseits Fragen nach dem Verhältnis von Partizipation und Nachhaltigkeit nachgegangen. Andererseits interessierte uns, inwieweit die Sozial-ökologische Forschung als normative Wissenschaft zur Erreichung ihrer Ziele Nachhaltigkeit und Partizipation beiträgt, den Gegenstand selbst also beeinflusst.

Inwieweit sind aber Partizipation und Nachhaltigkeit Gegenstände der Sozial-ökologischen Forschung, wieso bekommen sie eine so prominente Rolle im Förderprogramm? Egon Becker schreibt hierzu: „Doch was ist unter gesellschaftlichen Naturverhältnissen zu verstehen? Wir bezeichnen mit diesem Begriff zusammenfassend das Geflecht der vermittelnden Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur sowie die sich darin herausbildenden Muster. Sie müssen in jeder Gesellschaft dauerhaft reguliert werden, damit ein menschenwürdiges Leben möglich ist und der gesellschaftliche Lebensprozess intergenerativ fortgesetzt werden kann.“ (Becker 2003:167). Ist die Regulation so, dass eine gute Qualität der Lebensprozesse auf Dauer und für alle erhalten bleibt oder verbessert wird, bezeichnet man den Entwicklungsprozess als „nachhaltig“.⁶

Die Regulation der „Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur“ so zu gestalten, dass sie dauerhaft ein menschenwürdiges Leben und dessen intergenerative Fortsetzung ermöglichen, scheint uns aus zwei Gründen nur partizipativ möglich:

1. Zunächst ist schon die Frage danach, was „menschenwürdig“ oder ein „gutes Leben“ ist, nicht wissenschaftlich, sondern nur durch Aushandlung zu bestimmen. Natürlich sind diese Aushandlungen durch Herrschaftsverhältnisse gekennzeichnet. Doch das Insistieren auf Partizipation, auf möglichst gleichberechtigte Teilhabe aller darf deshalb nicht aufgegeben werden, sondern ist umso notwendiger.

⁶ Inzwischen ist vielfach diskutiert, wie das zu verstehen ist, s.o. Hier geht es besonders darum, dass die Regulation selbst eine bestimmte Qualität haben muss, um Individuum, Gesellschaft und Natur in einen nachhaltigen Prozess zu bringen und zu halten.

2. Wie die Regulation erfolgen soll, die diese Lebensqualität dauerhaft für alle überall ermöglicht, kann nicht wissenschaftlich und ein für alle Mal entschieden werden, sondern bedarf ebenfalls der Aushandlung.

Obwohl beide Fragen nicht wissenschaftlich zu klären sind, kann und muss die Sozial-ökologische Forschung Aussagen treffen, die von ihrem normativen Ausgangspunkt geprägt sind. Auf diese Art werden Nachhaltigkeit und Partizipation von der Forschung beeinflusste Forschungsgegenstände.

Natürlich betrachtet die Sozial-ökologische Forschung die gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht nur in dieser Abstraktion, sondern untersucht Naturverhältnisse auch als spezifische Anwendungsbereiche. Diese werden bedeutsam, weil ihre „Regulationsmuster versagen und sich dadurch lokale, regionale und globale Krisenphänomene ausbilden“ (Becker/Jahn 2003:98). Ansatzpunkt der Sozial-ökologischen Forschung sind häufig diese Krisenphänomene: Sei es im Bereich Ernährung und Landnutzung, bei Wasser- und Energieversorgung, Klimawandel oder in der Entwicklung lokaler und regionaler Gemeinwesen. Der Reichweite der jeweils ausgewählten Krisenphänomene entsprechend, gibt es unterschiedliche Grade und Verfahren der Partizipation, mit jeweils unterschiedlichen Zwecken, Reichweiten und Grenzen. So kann Partizipation auf inhaltliche Ergebnisse zielen (welche landwirtschaftlichen Methoden werden angewandt, für welche Funktionen soll städtischer Raum genutzt werden?). Teilhabe verschiedener Akteure kann aber auch der Vertrauensbildung dienen, z.B. wenn Landwirte und Nahrungsmittelvermarkter oder Lebensmittelhersteller und -verbraucherInnen kooperieren. Partizipation ist angebracht, wenn Methoden ausgehandelt werden, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, z.B. die stabile qualitätsgerechte Wasserversorgung zu gewährleisten.

Was die Diskussion von Zielkonflikten zwischen Partizipation und Nachhaltigkeit anbelangt, so haben wir es hier häufig mit Begrifflichkeiten wie „ungesellschaftliche Natur“ und „unnatürliche Gesellschaft“ zu tun. Diese verweisen auf die Herkunft der Nachhaltigkeitsdiskussion aus dem Umweltschutz: Die Menschen sollen an der nachhaltigen Entwicklung partizipieren, aber die Umweltschützer bzw. Wissenschaftler bestimmen, welche ökologischen Kriterien Nachhaltigkeit garantieren. Das Problem dabei ist, dass in solchen Diskussionen eigentlich immer wieder ausgehandelt werden muss, welche Natur wir haben und welche Natur wir schützen wollen. Dabei haben Umweltschutz und (Natur-)Wissenschaften sicher die Aufgabe, die Konsequenzen einer Entscheidung aufzuzeigen und insofern auch „Nachhaltigkeitskorridore“ zu beschreiben. Aber warum sollte die Partizipation enden, wenn sich die Akteure für eine andere Natur entscheiden, als sie WissenschaftlerInnen für richtig halten? Welche Rolle kommt WissenschaftlerInnen in der Partizipation zu? Wie können sie das Vertrauen anderer Akteure erringen? Wie können ihre Argumente überzeugen?

Alle Partizipationsprozesse und Nachhaltigkeitsdiskussionen sind durch Machtasymmetrien geprägt. Dabei hat Wissenschaft durchaus einen hohen gesellschaftlichen Status, den sie allzu oft durch Unverständlichkeit, Drohungen, Spekulationen oder Dienstleistungen für mächtige Akteure verspielt. Der „richtigen“ Wissenschaft aber zusätzlich Macht zu geben, indem Partizipation

unterbunden wird, wo WissenschaftlerInnen die (ökologische) Nachhaltigkeit gefährdet sehen, ist nicht besser, als der „falschen“ Wissenschaft Machtpositionen einzuräumen, wo sie die (ökonomische) Nachhaltigkeit gefährdet sieht. Dabei ist der Einsatz der Sozial-ökologischen Forschung für eine Ermächtigung der Umwelt-/Natur-Interessen angesichts der ökonomischen und politischen Stärke der Wirtschaftsinteressen zwar verständlich, sollte aber nicht unreflektiert in eine grundsätzliche Bestimmung des Verhältnisses von Partizipation und Nachhaltigkeit einfließen. Es kann keine geteilte Nachhaltigkeit geben: Eine ökonomische, eine ökologische, eine soziale. Es geht um optimal regulierte Prozesse des Austauschs zwischen Individuum, Natur und Gesellschaft. Gerade deshalb sollte Einigung über die Prinzipien und Verfahren der Partizipation in nachhaltigen Entwicklungsprozessen errungen werden.

In diesem Diskussionsfeld konnte in der Q-AG keine spannungsfreie Einigung erzielt werden. Der Gegensatz scheint sich zwischen „ökologischer Nachhaltigkeit“ oder einer „verhandlungsoffenen Nachhaltigkeit“ (die aber de facto im Sinne der gesellschaftlichen Hierarchien entschieden wird) aufzutun. Die engagiert Umweltbewegten unter den SÖF-WissenschaftlerInnen fordern Normen, Richtwerte, Leitplanken. Diejenigen, die nicht für sich in Anspruch nehmen, den „richtigen“ Weg zu kennen, tendieren eher zur Offenheit von Partizipationsprozessen, setzen auf Überzeugungskraft von Argumenten zum Erhalt der natürlichen Mitwelt und zum Verständnis von Risiko sowie auf Lernprozesse.

Partizipation als Ziel und Mittel nachhaltiger Entwicklung zum Untersuchungsgegenstand der Sozial-ökologischen Forschung zu machen, scheint vor diesem Hintergrund lohnend. Die Querschnitts-AG Partizipation bereitet für das Jahr 2005 eine Tagung vor, die zur Problemdefinition beitragen und die Forschungsfragen präzisieren wird.

Literatur

- Becker, E. (2003): Soziale Ökologie. Konturen und Konzepte einer neuen Wissenschaft. In: Matschonat, Gunda/Gerber, Alexander (Hg.): Wissenschaftstheoretische Perspektiven für die Umweltwissenschaften. Weikersheim, S. 165-195.
- Becker, E./Jahn, Th. (2003): Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Böhme, Gernot/Manzei, Alexandra (Hg.): Kritische Theorie der Technik und der Natur. München, S. 91-112.
- Becker, R. (1997): Frauenforschung in der Raumplanung – Versuch einer Standortbestimmung. In: Becker, R./Bauhardt, Ch.: Durch die Wand! Feministische Konzepte zur Raumentwicklung. Pfaffenweiler. S. 11-32.
- Biesecker, A. (2002): Bürgerschaftliches Engagement - (k)ein Allheilmittel für Nachhaltigkeit? In: Brand, K.-W. (Hg.): Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion. Berlin, S. 131-144.
- Bischoff, A./Selle, K./Sinning, H. (1995): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund.
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juli 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente - Agenda 21. Bonn.
- Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft (BMBF) (2000): Rahmenkonzept Sozial-ökologische Forschung. Bonn
- Brand, K.-W./ Fürst, V. (Hg.) (2002): Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion. Berlin.
- Buck, L.E./Anderson, J./Behr, D.C. (2003): Strengthening natural resource institutions in Africa – applying social learning to reconciling poverty reduction and environmental management. http://aem.cornell.edu/special_programs/AFSNRM/Poverty/Papers/individual/Papers/Buck,%20Anderson,%20Behr.pdf (zuletzt besucht: 21.10.2004).
- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel/Berlin/Bonn.
- Cornwall, A. (2000): Beneficiary, Consumer, Citizen: Perspectives on Participation for Poverty Reduction. *Sidastudies* no.2. Göteborg.
- Diefenbacher, H./Wilhelmy, S. (1999a): Viernheim auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21. Projekte, Indikatoren und kommunale Entwicklung für nachhaltige Entwicklung. Heidelberg (unveröffentlichtes Manuskript).
- Diefenbacher, H./Wilhelmy, S. (1999b): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung für die Stadt Aalen. Heidelberg (unveröffentlichtes Manuskript).
- Diefenbacher, H./Dümig, D./Teichert, V./Wilhelmy, S. (2000): Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21. Heidelberg.

Ehrhardt, A. (2003): Gender Mainstreaming – wo es herkommt, was es will und wie es geht. In: Jansen, M./Röming, A./Rohde, M. (Hg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter. München.

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages (1994, Hrsg.): Die Industriegesellschaft gestalten, Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, Bonn.

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Hg.) (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlußbericht. Bonn.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900.

FEST - Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (2000): Nachhaltigkeitsindikatoren im Rahmen der lokalen Agenda 21, Heidelberg

FEST, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V./DUH, Deutsche Umwelthilfe e.V./KGSt, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hg.) (2003): Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. www.service-eine-welt.de/pdf/Indikatoren.pdf (zuletzt besucht: 29.06.2004).

Fischer, Corinna; Schophaus, Malte; Trénel, Matthias & Wallentin, Annette (2003): Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen. Ein Leitfaden für BürgerInneninitiativen in Beteiligungsverfahren. Bonn: Stiftung Mitarbeit

Funtowicz, S.O./Ravetz, J. R. (1993): Science for the post-normal age. In: Futures 25(7), S. 739-755.

Gloede, F. (1994): Technikpolitik, Technikfolgen-Abschätzung und Partizipation, in Bechmann, G., Petermann, T. (Hrsg.): Interdisziplinäre Technikforschung, Genese, Folgen, Diskurs, Frankfurt/ Main, New York, S. 147 - 185.

HarmoniCOP (2003): Social learning in river basin management. HarmoniCOP WP2 Reference Document.

Heinze, R.G./Olk, Th. (2001): Bürgerengagement in Deutschland – Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. In: dies. (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Opladen, S. 11-26.

Heinze, R.G./Strünck, Ch. (2001): Freiwilliges soziales Engagement – Potentiale und Fördermöglichkeiten. In: Heinze, R.G./Olk, Th. (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Opladen, S. 233-253.

Hennen, L. (1999): Partizipation und Technikfolgenabschätzung, in: Bröchler, S., Simonis, G., Sundemann, K. (Hrsg.): Handbuch der Technikfolgenabschätzung, Berlin, S. 565 -- 573.

- Hennen, L. (1999): Uncertainty and Modernity. Participatory Technology Assessment: a Response to Technical Modernity. *Science and Public Policy*. 26 (5), S. 303-312
- Joss, S. (1998): Consensus Conferences. Danish consensus conferences as a model of technology assessment: an impact study of consensus conferences on Danish Parliament and Danish public debate. *Science and Public Policy*. 25 (1), S. 2-22
- Kopfmüller, J./Brandl, V./Jörissen, J./Paetau, M./Banse, G./Coenen, R./Grunwald, A. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin.
- Lang, S. (1994): Politische Öffentlichkeit und Demokratie. Überlegungen zur Verschränkung von Androzentrismus und öffentlicher Teilhabe. In: Biester, E./Holland-Cunz, B./Sauer, B. (Hg.): Demokratie und Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt a.M./New York, S. 201-226.
- OECD/DAC (1995): Guidelines on Participatory Development and Good Governance. Paris.
- Offe, C. (1989): Bindung, Fessel, Bremse: Die Unübersichtlichkeit von Selbstbeschränkungsformeln. In: Honneth, A. (Hg.): Zwischenbetrachtungen: Im Prozess der Aufklärung. Frankfurt a.M., S. 739-774.
- Rauch, T. (2002): Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Weg von der Spielwiese hin zum demokratischen Recht für alle. In: Peripherie 88(22), S. 496-522.
- Röhr, U. (1999): Aufmischen, Einmischen, Mitmischen. Strategien von Frauen zur Zukunftsgestaltung im Rahmen der Lokalen Agenda. In: Weller, I./Hoffmann, E./Hofmeister, S. (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: neue Perspektiven – alte Blockaden. Bielefeld, S. 169-182.
- Scurrill, B. (1996): Bildungsarbeit in der Regionalentwicklung von unten. In: Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.): Wirtschaft von unten - People's Economy. Dessau.
- Sauer, B. (1994): Was heißt und zu welchem Zweck partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Biester, E./Holland-Cunz, B./Sauer, B. (Hg.): Demokratie und Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt a.M./New York, S. 99-130.
- Schweikert, B. (2001): Alles Gender – oder? Die Implementierung von Gender Mainstreaming auf Bundesebene. In: *ibv* 20, S. 1267.
- Selle, K. (1995): Phasen oder Stufen? Fortgeschrittene Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses, in: *RaumPlanung*, Nr.71, Dezember 1995, S.237-242
- Senge, P.M. (1990): The fifth discipline: The art and practice of a learning organization. London.

UBA, Umweltbundesamt (2000): Weiterentwicklung und Präzisierung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in der Regionalplanung und regionalen Entwicklungskonzepten. Texte 59/00. Berlin.

Weller, I. (1999): Ökologische Stoff- und Produktinnovation. Analyse der Gestaltungsmacht privater Konsumentinnen und Konsumenten am Beispiel Textilien. In: Weller, I./Hoffmann, E./Hofmeister, S. (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: neue Perspektiven – alte Blockaden. Bielefeld, S. 133-150.

Weller, I. (2002): Produkte nutzen – Produkte gestalten: Perspektivenwechsel für einen nachhaltigen Stoff-Wechsel. In: Hofmeister, S./Mölders, T./Karsten, M.-E. (Hg.): Zwischentöne gestalten: Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Bielefeld, S. 67-75.

Weltbank (1998): Chapter 1: Reflections: What is participation? In: The World Bank participation sourcebook. <http://www.worldbank.org/wbi/sourcebook/sb01.htm> (zuletzt besucht: 21.10.2004).

WCED, World Commission on Environment and Development/Hauff, V. (1987) (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.

van Eijndhoven, J. (1997): Technology Assessment: Product or Process? *Technological Forecasting and Social Change*. (54), S. 269-286.

Zukunftsrat Hamburg (2003): Hamburger Entwicklungs – INdikatoren Zukunftsfähigkeit – HEINZ. http://www.zukunftsrat.de/heinz_einleitung.html#content (zuletzt besucht: 29.06.2004).